

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kfirringhaus, Berlin.
Sprechsprecher: Hani Dörfel 4196/4195



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckerschrift: Cepedian

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abdruck beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 18. Juni 1930

Fricks Kollege.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Herr Frick als Polizeiminister ist ein angenehmer Zeitgenosse. Seine Vergangenheit qualifiziert ihn ausgezeichnet für sein Amt. Er hat ein wenig Hochverrat getrieben, ein wenig geputscht, ein wenig Hoch- und Landesverräter begünstigt und seine Seele ist erfüllt von abgrundtiefem Hass gegenüber der Republik. Sonst ist er eine echte dürre Beamtennatur. Seine Freunde hoffen, dass er bald einen Kollegen in Sachsen erhalten soll. Sie machen sich grosse Illusionen über den Ausgang der Sachsenwahl und sehen sich bereits um Besitz des sächsischen Innenministeriums. Sie haben auch schon einen Kandidaten auf Vorrat. Wie Ludendorffs "Volkswarte" mitteilt, ist Herr Gregor Strasser dazu ausersehen.

Dem kann man nicht nachsagen, dass er eine dürre Beamtennatur sei! Er ist vielmehr vollsaftig in jeder Hinsicht und wird sicherlich den Laden noch viel besser verstehen als Herr Frick. Seine Qualifizierung ist der des Herrn Frick mindestens ebenbürtig. Er hat am Hitlerputsch aktiv teilgenommen und wurde späterhin deswegen zu 1 Jahr 3 Monaten Festung bei voller Bewährungsfrist verurteilt. Schon am 1. Mai 1923, als die Hakenkreuzler bewaffnet in München aufmarschierten mit der Absicht, ein Blutbad unter der Arbeiterschaft anzurichten, hat er sich hervorgetan. Er führte auf Lastautos bewaffnete Hitlerleute nach München. Als er von der Reichswehr angehalten wurde, gab er sein Ehrenwort, dass seine Leute die Waffen abliefern würden. Er hat sein Ehrenwort nicht gehalten - das charakterisiert den Mann und seine Skrupellosigkeit.

Sein Aussehen: gross, schwer, breitschultrig, Ansatz zum Bauch, bartlos und pausbäckig, ständig rote Kravatte mit dem Hakenkreuz. Von Beruf war er früher Apotheker, jetzt mischt er politische Giftpillen. Ueber seinen Charakter und seine sonstigen Eigenschaften hat sich sein früherer Parteifreund Arthur Dinter im Februar 1930 in seiner Zeitschrift "Geistchristentum" folgendermassen ausgelassen: "Strasser war ein schneidiger Sturmtruppführer, im übrigen aber ein herzlich unbedeutender, lediglich grossmäuliger, dabei höchst pöbelhafter Flachkopf. Sobald wir das erkannten, glaubten wir auch hier zunächst an eine bewusste Taktik Ludendorffs. Wir nahmen an, er habe Strasser lediglich als eine Figur gewählt, die er als Repräsentantin der Hitler-Partei umso leichter nach seinem eigenen Willen lenken und modeln könnte. Allein wie gross war unsere Enttäuschung, als sich sehr bald zeigte, dass Ludendorff den ebenso eigensüchtigen wie intriganten Ratschlägen Strassers völlig kritiklos gegenüberstand."

Herr Strasser spielt in der Hitler-Partei eine ganz besondere Rolle, er hat sich auf die politische Hakenkreuzkolportage geworfen, er gibt Zeitungen heraus und vertreibt Broschüren. Sein Berliner Blatt "Der nationale Sozialist" ist auf die blutrünstigsten Instinkte berechnet. Es trieft, um wieder mit Dinter zu reden, geradezu von Bourgeoisblut. Denn Herr Gregor Strasser fühlt sich als nationaler "Sozialist". Er redet vom Sozialismus und tobt gegen die Bourgeois und Kapitalisten, dass selbst die blutigste Kommunist die Konkurrenz nicht aushalten kann. Aber er sagt Sozialismus und er meint das Parteigeschäft der Hakenkreuzler und obendrein sein eigenes Verlagsgeschäft.

Als Herausgeber ist Gregor Strasser eine Art von hakenkreuzlerischem Hugen-

berg, sonst aber gleicht er ganz anderen Figuren aus dem Lager der politischen Rechten. Seinem Wesen und seiner Tätigkeit nach ist er eher eine Kreuzung aus Knüppelkunze und Wilhelm Bruhn. Ein wenig Ahflug von politischem Grössenwahn und ein ungeheures Mass von Eitelkeit, das seit 1923 immer stärker geworden ist. Noch 1924 war er relativ bescheiden. Damals pflegte er seine berüchtigten Reden in grossen Plakaten anzukündigen, auf denen in den grössten Zügen stand: "Adolf Hitler spricht". Darunter las man ganz klein und winzig: "Vertreter Gregor Strasser". Seitdem hat Herr Strasser sich nicht mehr mit der kleinen und winzigen Vertreterrolle begnügt, er strebt nach höherem und immer weiter, bis es ganz vor kurzem zu dem grossen Krach zwischen Hitler und Strasser und Göbbels kam, weil jeder voll Eifersucht auf den anderen blickte. Herr Strasser fühlt sich beinahe schon als Diktator Deutschlands. Vor kurzem gewährte er dem Vertreter der "Chicago Daily Tribune" eine Unterredung, in der er sprach: "Die Beträge, die mir zur Verfügung stehen, sind aufserordentlich... Wir sind im Augenblick noch nicht so weit, um losschlagen zu können, aber es wird bald so weit sein." Was die grossen Beträge anbelangt, so hatte einmal Herr Gregor Strasser mit Herrn Jürgen von Ramin eine sehr interessante Auseinandersetzung über Unternehmergelder!

Als Leitmotiv seiner Politik hat Strasser selbst in den Nationalsozialistischen Briefen Nr. 23 Jahrgang 1929 verkündet: "Alles, was der gegenwärtigen Ordnung schädlich ist, findet unsere Unterstützung." Alles, also auch das Kriminelle? Im Verlag des Herrn Strasser ist jenes berüchtigte Buch "Achtung, hier Deutschland" erschienen, das in Romanform die Taten der Bombenattentäter verherrlicht. In diesem Roman war der Verlag des Herrn Strasser als die grosse Zentrale der Putschisten und Bombenmänner und er selbst als der grosse deutsche Held und Befreier abgemalt worden. Herr Gregor Strasser wird selbstverständlich niemals selbst Bomben legen oder sich in solche Geschichten verwickeln. Aber er möchte, dass ihn die unreifen Burschen vom Hakenkreuz für einen so gefährlichen, alles riskierenden Helden halten. Alles in allem: die Qualifikation zum republikanischen Polizeiminister ist gegeben!

Die Hauptstärke des Herrn Gregor Strasser aber liegt in der Grösse seines Mundwerks. Er nennt sich selbst den "Schrecken des Reichstags" und zieht redenderweise umher: Gregor Strasser, der Schrecken des Reichstags - Eintritt 1 Mark. Seine Reden aber sind die beste Charakterisierung seines Charakters und seiner politischen Rolle. Im Bayerischen Landtag sprach er einst gegen die Regierung der Bayerischen Volksparteiler gewandt: "Eine ganz hundsgemeine Schweinebande regiert Bayern!"

Im Reichstag bezeichnete er einmal die Reichsregierung als "fette Bäuche, die allein einen Schützengraben füllen". Ebenso erzählte er im Reichstage, er bedaure die Ermordung Rathenaus deshalb, weil Rathenau dann einer Aburteilung durch ein Volksgericht entzogen worden sei. Die Sozialdemokraten nannte er im Reichstag "Zuhälter", wofür er samt seinem Kollegen Frick aus dem Saale gewiesen wurde. Bei einer ähnlichen Gelegenheit rief er am 5. Juli 1928 dem Reichstag zu: "Wir werden Euch einst mit dem Galgen terrorisieren."

Sein Stil und damit der Mann sind charakterisiert durch die folgenden Sätze, die er einst gegen den Völkischen von Graefe schrieb: "Gleich einem Schwein bewegt er sich. Das zeugt von der abgründigen fürsorgereifen Niedrigkeit, Schmutzigkeit, Gemeinheit und eines Zuhälters würdigen Sinnesart des Herrn von Graefe."

So rundet sich das Bild des Mannes, der Herrn Frick als Ministerkollege würdig zur Seite treten soll. Es ist ein Beleidiger und Verleumder im grössten Stil. Zehn Blätter, die dies saubere Handwerk betreiben, werden von ihm zugleich verantwortlich gezeichnet. Ueber drei Dutzend Verleumdungsprozesse schweben gegen ihn. Der Geschäftsausschuss des Reichstags muss schon fast Dauersitzungen abhalten, um über die zahllosen Anträge auf Aufhebung der Immunität des Herrn Gregor Strasser zu beraten. Von Strassers hasserfüllten amoralischen und verleumderischen Methode geht eine direkte Linie zu den blutigen Taten der Hakenkreuzburschen, zu jenem Rowdytum, das nicht mehr politisch, sondern rein kriminell gewertet werden muss. Er ist der geistige Nährvater des verbrecherischen Rowdytums in der Hitler-Partei.

Und das soll, so meinen die Hakenkreuzler, Polizeiminister in Sachsen werden, wenn nur die Wahlen für die Hakenkreuzler einigermaßen günstig verlaufen! Die Reichsregierung übt ja unendliche Langmut - siehe Thüringen - und die Volkspartei macht alles!

SPD. Washington, 18. Juni (Eig. Drahtb.)
Die Weltproduktion an Automobilen und Kraftfahrzeugen belief sich nach den Zusammenstellungen des Handelsdepartements im Jahre 1929 auf 6 295 352 Wagen. Das sind 1 092 213 Wagen mehr als im vorausgegangenen Jahre. Über 89 % der Totalproduktion entfielen auf die amerikanischen und kanadischen Autoindustrien, die im Jahre 1928 fast 88 % bestritten. Die Autoproduktion Englands und Frankreichs zeigte gleichfalls eine Zunahme, während Deutschland und Italien einen Rückgang feststellten. Die amerikanische und kanadische Produktion stellte mit 5 621 709 Wagen einen neuen Rekord auf, der die bisherige Höchstziffer mit rund einer Million hinter sich liess. Automobilexporte standen im Exporthandel der Vereinigten Staaten an zweiter Stelle.

Eine Analysis der kanadischen Autoindustrie zeigt, dass diese Industrie mit einem Gesamtwerte von 150 Millionen Dollar überwiegend amerikanisch ist: und zum grössten Teile aus Untergesellschaften der amerikanischen Autogesellschaften besteht. Amerikanische Kapitalsanlagen machten etwa 80 Millionen Dollar aus; der Rest lag in kanadischen Händen. Britisches Kapital ist in der kanadischen Autoindustrie so gut wie gar nicht vorhanden. Das ist angesichts der Versuche der britischen Autoindustrie, sich den kanadischen Markt zu erobern und eigene kanadische Werke zu errichten, von besonderem Interesse.

SPD. In nationalsozialistischen Zeitungen und Versammlungen wird behauptet, dass "die deutsche Revolution mit französischem Geld gemacht worden ist" und dass "Dittmann und Cirspien in naher Beziehung zu französischen Offizieren" gestanden haben. Die Reichstagsabgeordneten Dittmann und Crispian haben den Reichstagsabgeordneten Landsberg als ihren Rechtsbeistand beauftragt, gegen die Verleumdungen strafrechtlich vorzugehen.

SPD. Stuttgart, 18. Juni (Eig. Drahtb.)
Der Gemeinderat der Stadt Stuttgart beschloss am Mittwoch mit 27 gegen 25 Stimmen bei sieben Enthaltungen von der Ende dieses Jahres möglich gewordenen Erwerbung der Strassenbahn durch die Stadt und von ihrer Umwandlung in einen Regie-Betrieb abzusehen. Es bleibt daher bei der Fortführung der Strassenbahnen als Aktiengesellschaft, in der die Stadt über 86 Prozent der Aktien verfügt. Der Einfluss der Stadt im Aufsichtsrat soll in einem neuen Konzessionsvertrag eine wesentliche Verstärkung erhalten.

SPD. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion teilt mit:
"Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich in mehreren Sitzungen mit der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzlage und den Deckungsvorschlägen der Reichsregierung beschäftigt. In dieser Aussprache wurde allgemein die Notwendigkeit anerkannt, die Fehlbeträge des Reichshaushalts alsbald zu decken und damit eine wichtige Voraussetzung für die Belebung der Wirtschaft und die Aufrechterhaltung der Sozialpolitik zu schaffen. Dagegen wurde dem Versuch, die jetzige Wirtschaftskrise zu einem allgemeinen Abbau der Löhne und Gehälter, sowie der Sozialpolitik zu benutzen, entschiedener Widerstand angekündigt. Das gilt insbesondere von den Vorschlägen der Reichsregierung zum Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung und der Krankenversicherung. Volle Übereinstimmung bestand darüber, dass das wichtigste Erfordernis in der gegenwärtigen Situation die Arbeitsbeschaffung sei. Übereinstimmung herrschte ferner über die Notwendigkeit erheblicher Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben. In erster Linie müssen die militärischen Ausgaben erheblich herabgesetzt und

der gegenwärtigen Notlage des Reiches und des Volkes angepasst werden. Das gilt auch für viele andere Ausgaben, so z.B. für die des auswärtigen Dienstes, für die hohen Pensionen usw.

Soweit durch Ersparnisse die Deckung der Fehlbeträge nicht erzielt werden kann, ist die Beschaffung neuer Einnahmen unerlässlich. Das Deckungsprogramm der Reichsregierung wurde jedoch von der Fraktion sowohl in seinen Grundgedanken als auch in vielen Einzelheiten abgelehnt. Da der Fraktion eine grosse Zahl von positiven Vorschlägen vorlagen, durch die die Überwindung der Wirtschaftskrise angebahnt und die Finanzsanierung erzielt werden sollen, wurde der Vorstand der Fraktion beauftragt, der Fraktion in ihrer nächsten Sitzung Richtlinien zu unterbreiten.

SPD. Paris, 18. Juni (Eig.Drahtb.)

Dank der Initiative der sozialistischen Fraktion wird der Skandal der verschwundenen Milliarden des Tresors endlich in der französischen Kammer in aller Öffentlichkeit gelichtet werden.

Die sozialistische Kammerfraktion hat am Mittwoch beschlossen, im Laufe der Vollsitzung des Donnerstag einen Dringlichkeitsantrag einzubringen, der verlangt, dass die Finanz- und Heereskommission unverzüglich über die Einnahmen und Lasten des Schatzamtes einen ausführlichen Bericht vor der Kammer erstatten und die Kammer die Kommission zur Durchführung dieser Aufgabe mit weitgehenden Vollmachten ausstattet. Die für Donnerstag angesetzte Diskussion des sozialistischen Antrages wird die Regierung zwingen, über den Verbleib der verschwundenen Milliarden mit der Wahrheit herauszurücken. Unter diesen Umständen sieht man der Debatte in hiesigen politischen Kreisen mit allgemeiner Spannung entgegen.

SPD. Im Rheinland haben dieser Tage verschiedene Hugenbergblätter die Pleite angemeldet. Die deutschnationalen Zeitungen in Köln und Recklinghausen werden schon demnächst ihr Erscheinen einstellen, andere deutschnationale Blätter - wie z.B. das in Münster - sollen künftig nur noch als Kopfblätter herausgegeben werden. Der Hugenberg-Konzern hat die Auflösung bisher selbständiger rheinischer Verlage bzw. den Verzicht auf das Weitererscheinen eines Teiles seiner rheinischen Blätter beschlossen, nachdem er diesen Verlagen bzw. Zeitungen monatlich je 20 000 Mark Zuschuss geleistet hat. Umsonst - die Blätter gingen bzw. gehen von Tag zu Tag zurück. So folgt dem politischen Niedergang Hugenbergs nunmehr auch der wirtschaftliche Ruin.

Es ist bemerkenswert, dass der Hugenberg-Konzern mit den Nationalsozialisten verhandelt hat, um ihnen die abonnentenlosen Blätter anzudrehen. Die Verhandlungen sind jedoch gescheitert, nachdem Hitler den Braten gerochen hatte.

SPD. Bochum, 18. Juni (Eig.Drahtb.)

In einer Geschäftsführerkonferenz des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Bezirk Essen, machte Bezirksleiter Wolff Mitteilung von den Beschlüssen, die der Beirat des DMV in diesen Tagen in Berlin zu der Lohnsenkungsaktion der Unternehmer in der Gruppe Nordwest gefasst hat.

Wolff wies darauf hin, dass die ausgesprochene Generalkündigung nicht so leicht zu nehmen sei, als es die Unternehmer glauben machen wollten. Der DMV sei der Auffassung, dass der Akkordlohnsenkung mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden müsse. Die Mitglieder sollten sich unter keinen Umständen Abzüge gefallen lassen. Das Beispiel von Nordwest werde sonst im ganzen Reiche in verhängnisvoller Weise Schule machen. Darum gelte es in Nord-West, den

ersten entscheidenden Schlag abzuwehren. Der Beirat habe einmütig zum Ausdruck gebracht, dass den Metallarbeitern, die sich gegen den Abzug wehren, die volle Unterstützung des Verbandes, der sich stark genug dazu fühle, zuteil werde. Die Drohung der Unternehmer, den Verband regresspflichtig machen zu wollen, sei rechtlich gar nicht haltbar.

Die gleiche Haltung wie der DMV wird der Gewerksverein Hirsch-Duncker einnehmen. Die christlichen Gewerkschaften haben in ihren Belegschaftsversammlungen bisher ebenfalls eine Senkung der Akkordlöhne abgelehnt.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett beschäftigte sich am Mittwoch mit dem angebotenen Rücktrittsgesuch des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer und bat ihn einmütig, von seinem Gesuch Abstand zu nehmen. Da der Reichsfinanzminister demgegenüber auf seinem Rücktrittsgesuch beharrte, wird der Reichskanzler hierüber dem Herrn Reichspräsidenten Vortrag halten.

+ + +

Den äusseren Anlass zu dem Rücktrittsgesuch Moldenhauers hat seine eigene Fraktion gegeben. In ihr wurde insbesondere in letzter Zeit in immer stärkerer Masse an Moldenhauers Handlungen Kritik geübt, und obwohl Herr Moldenhauer sich eifrig bemühte, der ihm feindseligen Stimmung seiner eigenen politischen Freunde Konzessionen zu machen, gelang es ihm trotzdem nicht, ihrer Herr zu werden. Wie stark Moldenhauer dabei in Widerspruch mit sich selbst geriet, haben die letzten Tage besonders deutlich gezeigt. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei verwarf seine Vorschläge und stellte andere Pläne zur Diskussion. Moldenhauer dachte jedoch nicht daran, von sich aus die Konsequenzen zu ziehen. Er liess nicht nur wissen, dass er nicht beabsichtige zurückzutreten, sondern erklärte sich mit der gegen ihn gerichteten Entschliessung seiner Fraktion sogar noch ausdrücklich einverstanden.

In diesem Verhalten Moldenhauers wird man den inneren Grund erblicken müssen, der ihn bereits nach fünf Monaten als Finanzminister unmöglich gemacht hat. Moldenhauer sind beim Amtsantritt im reichen Masse Vorschusslorbeeren gespendet worden. Durch zahlreiche Reden, in denen mehr populäre Schlagworte verkündet wurden, als einem Finanzminister in der gegenwärtigen Krisenzeit gestattet sind, hat er sich als den starken Mann angepriesen, der Deutschland aus der Finanz- und Wirtschaftskrise befreien wolle. Mit dem Ergebnis, dass seine eigenen Freunde ihn der starken Reden und der schwächlichen Handlungen bezichtigten. Das ist in der Tat eine richtige Charakterisierung. Herr Dr. Moldenhauer hat mit einem Optimismus, der nie berechtigt war und an den man nur glauben konnte, wenn Sachkenntnis nicht hinderlich im Wege stand, sein gewiss sehr schweres Amt zu verwalten gesucht. Dadurch erst ist jene verfehlte Finanzpolitik im April zustande gekommen, der Moldenhauer noch am 2. Mai nachgerühmt hat, dass "die Deckung des Haushalts 1930 in einer Weise erreicht sei, die, soweit überhaupt eine Voraussicht über die kommende Entwicklung möglich ist, zum ersten Mal seit 1925 das Auftreten eines Fehlbetrages verhindert und damit das Fundament für die Steuersenkung im Jahre 1931 schafft." Kaum eine Woche später war ein Fehlbetrag von $3/4$ Milliarden vorhanden. So sah die "Voraussicht" von Dr. Moldenhauer aus.

Das Fiasko von Dr. Moldenhauer hat neben der persönlichen auch eine grosse sachliche Bedeutung. Es ist der Zusammenbruch der Arbeitsmethoden der jetzigen Regierung, aber auch ein Fiasko der Politik der Deutschen Volkspartei. Wie oft hat sich diese Partei gerühmt, die Fachmänner zu besitzen, deren Können allein Deutschland richtig zu regieren vermöge. Wiederum ist, wie so oft in den letzten Jahren, der Beweis geliefert, dass dieses Eigenlob jeder Berechtigung entbehrt.

+ + +

Die Regierung, die sich in den letzten Wochen nicht einmal sondern wiederholt mit Moldenhauer solidarisch erklärte, hat den Reichsfinanzminister gebeten im Amte zu bleiben. Sie bat ihn eindringlich und "einmütig", um nicht selbst zurücktreten zu brauchen. Wer sich so oft wie die Regierung Brüning mit ihrem Reichsfinanzminister solidarisiert hat, konnte vor der breiten Öffentlichkeit unmöglich den Finanzminister davonlaufen lassen, ohne ebenfalls die Konsequenzen zu ziehen und ebenfalls zu gehen. So entschloss man sich zu dem kleineren Übel. Man bat Herrn Moldenhauer zu bleiben, ohne sich jedoch nochmals ausdrücklich mit ihm zu solidarisieren.

Die Krise der Regierung Brüning ist damit nicht behoben sondern zunächst nur vertagt. Was weiter werden wird hängt von den Entscheidungen des Reichspräsidenten ab, der z.Zt. in Neudeck in Pommern weilt. Der Reichskanzler wird ihn dort wahrscheinlich am Freitag persönlich aufsuchen und im über die Situation Vortrag halten. In welcher Richtung liegt klar zu Tage: Hindenburg soll Moldenhauer zum Verbleiben bewegen. Auf wie lange und unter welchen Umständen? Das weiss der Kuckuck!

SPD. Paris, 18. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Londoner Besuch des Grafen Bethlen hat in der französischen Presse durchweg sehr unfreundliche Kommentare gefunden. Im Lager der Rechten befürchtet man, dass der Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten den Auftakt zu einer neuen Offensive für die Revision des Friedensvertrages von Trianon bedeute. Man sieht diese Befürchtung verstärkt durch den Umstand, dass MacDonald sich zu Beginn der Rothermere-Kampagne für die Revision des Trianon-Vertrages eingesetzt und sich einem solchen Versuch durchaus nicht unfreundlich gegenübergestellt habe.

Im sozialistischen Lager sucht man MacDonalds Verhandlungen mit dem Bestreben der englischen Arbeiterpartei zu erklären, Ungarn aus dem immer bedrohlicher werdenden faschistischen Netz in Südeuropa zu lösen und in eine stabile politische Konstellation, etwa in die der Kleinen Entente, überzuleiten. Léon Blum gibt allerdings im "Populaire" der Meinung Ausdruck, dass eine solche Taktik verfehlt sei, da sie dem Faschismus die Ehre erweise, ihn ernst zu nehmen und die Gefahr in sich berge, das ungarische Bestreben zur Wiederherstellung der habsburgischen Herrschaft an der Donau zu fördern.

SPD. Brüssel, 18. Juni (Eig. Drahtb.)

Der belgische Bergarbeiterverband hat beschlossen am Montag den 30. Juni in allen Grubenrevieren einen eintägigen Generalstreik zu proklamieren. Das Ziel des Streiks ist, der Forderung der Bergarbeiter nach einer Altersrente von jährlich 4 000 Francs grösseren Nachdruck zu verleihen.

SPD. Wien, 18. Juni (Eig. Drahtb.)

Im Unterausschuss des Zollausschusses machte der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Bauer am Mittwoch den Vorschlag, von den Lebensmittelzöllen, die 80 Millionen Schilling einbringen würden, 50 bis 60 Millionen für die Arbeitslosenversicherung zur Verfügung zu stellen. In diesem Falle könnten die Versicherungsbeiträge der Arbeiter und Unternehmer um 40 Prozent herabgesetzt werden. Die durch die vorgeschlagene Massnahme erfolgende Entlastung der Industrie würde gleichzeitig die Voraussetzung für die Inkraftsetzung der Alters-

und Invaliditätsversicherung schaffen. Der christlich-soziale Abgeordnete Weidenhofer, ein Vertreter der Unternehmerorganisation, begrüßte den Vorschlag Bauers und ersuchte die Regierung um baldige Stellungnahme. Die Agrarier sprachen sich gegen den Vorschlag aus.

SPD. London, 18. Juni (Eig.Drahtb.)

Die Antwort auf das Bündnisangebot Lloyd Georges an die Labour-Regierung ist am Mittwoch nachmittag von MacDonalld im Unterhaus während der Debatte über die Arbeitslosenfrage erteilt worden. Der Ministerpräsident erklärte, er lehne jede Koalition mit einer anderen Partei ab. Die Verantwortung für die politische Führung des Landes und die letzten Entscheidungen über die Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit müsse sich die gegenwärtige Regierung unter allen Umständen vorbehalten. Die durch die Weltwirtschaftskrise heraufbeschworene Lage des Landes habe jedoch der Arbeitslosigkeit eine solche Ausdehnung gegeben und England in eine so schwierige Lage gebracht, dass er, MacDonalld, eine Einladung sowohl an Lloyd George wie an Baldwin habe ergehen lassen, damit die drei Parteien des Unterhauses in einer gemeinsamen Sitzung die kritische Lage besprechen und durch ein gemeinsames Komitee Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit beraten können.

Lloyd George erklärte sich mit dem Vorschlag MacDonallds einverstanden. Die Antwort der Konservativen steht noch aus.

SPD. Bombay, 18. Juni (Eig.Drahtb.)

Infolge der einsetzenden Regenperiode ist die indische Salzkampagne einseitigen eingestellt worden. Die Freiheitsbewegung drückt sich aber zurzeit umso schärfer in der Steuerverweigerung und im Warenboykott aus. Die Agitation gegen die Steuern ist besonders auf dem flachen Lande ausserordentlich stark. In zahlreichen Dörfern sind viele Bauern verhaftet worden. In Bombay wurden am Mittwoch wieder 23 Boykottposten in das Gefängnis eingeliefert; 18 sind zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt worden.

SPD. Genf, 18. Juni (Eig.Drahtb.)

In der Kommission zur Beratung der Konvention über die Arbeitszeit der Bergarbeiter wurde am Mittwoch der Antrag der Arbeitnehmergruppe auf sofortige Einführung des Siebensturentages mit 27 gegen 10 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Der englische Antrag auf sofortige Einführung der 7 $\frac{1}{2}$ stündigen Arbeitszeit wurde mit 28 gegen 18 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen verworfen. Ausser den 16 Arbeitnehmervetretern stimmten nur die Regierungsvertreter von Holland und England für den englischen Antrag.

Der englische Arbeitervertreter Cook gab nach den Abstimmungen eine Erklärung ab, in der es heisst, dass die Arbeitervertreter lieber keine Konvention als eine nichtssagende Konvention mit nach Hause nehmen würden. Der Direktor des Arbeitsamtes Thomas und der Vorsitzende der Kommission Dr. Braun-Deutschland ersuchten die Arbeitergruppe, doch ernstlich zu überlegen, ob nicht eine Konvention mit geringfügigen Vorteilen dennoch besser sei, als keine Konvention. Schliesslich wurde die Sitzung auf Donnerstag Vormittag 10 Uhr vertagt, um der Arbeitnehmergruppe Gelegenheit zu internen Beratungen zu geben.

SPD. Die Wirtschaftspartei hat im Reichstag einen Gesetzentwurf zur Durchführung der Arbeitsdienstpflicht eingebracht. Sie will damit neue Arbeitsmöglichkeiten erschliessen und zur Abdeckung der Reparationslasten beitragen.

Arbeitsdienstpflichtig soll jeder Deutsche im Alter von 17 bis 25 Jahren sein, abgesehen von Personen, die zu entehrenden Strafen verurteilt sind. Für Personen, die die einzigen Ernährer der Eltern sind, oder die ihre Berufsausbildung noch nicht abgeschlossen haben, sind Zurückstellungen vorgesehen. Die Leitung in der Arbeitsdienstpflicht soll in der Hand der "Direktion des deutschen Arbeitsdienstes" liegen. Der Direktor vom Range eines Staatssekretärs im Reichsarbeitsministerium soll vom Reichspräsidenten auf Vorschlag des Reichskabinetts ernannt werden. Das Führerpersonal will die Wirtschaftspartei aus Beamtenkreisen entnehmen; bewährte entlassene Heeresangehörige sollen bei der Auswahl bevorzugt werden. Die Arbeitsdienstpflichtigen sollen nach dem wirtschaftsparteilichen Antrag ähnlich wie seinerzeit das Militär Unterkommen, Kleidung, Verpflegung, freie Heilbehandlung und eine Tageslöhnung von 40 Pfennigen erhalten. In erster Linie sollen Arbeiten auf land-, forst- und wasserwirtschaftlichem Gebiet, Hilfsarbeiten zu Gunsten des öffentlichen Verkehrs, Kanzlei-hilfsarbeiten und Notstandsarbeiten für die Arbeitsdienstpflicht in Frage kommen. Der freie Arbeitsmarkt und die freie Wirtschaft sollen durch diese Arbeiten nicht beeinträchtigt werden. Die Empfänger der Arbeitsdienstleistung haben ein vertragliches Entgelt an die Kasse des Deutschen Arbeitsdienstes zu zahlen.

Wir haben den Antrag der Wirtschaftsparteiler nur deshalb so ausführlich wiedergegeben, weil er deutlich zeigt, wie schnell und bündig in Deutschland die Wirtschaftsspiesser Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsprobleme lösen. Mit diesem Antrag, dessen Grundgedanke schon seit mehr als 10 Jahren in Deutschland spukt, ist noch nicht im geringsten ein Weg für eine praktische und zweckmässige Lösung des angeschnittenen Problems gewiesen. Gewiss, es wäre sehr schön, wenn man den Arbeitsmarkt durch eine Herausnahme der jugendlichen Arbeitskräfte für ausserarbeitsmarktliche Arbeit entlasten könnte. Es würde auch nicht schaden, wenn man dem schäumenden Kraftgefühl, das sich Tag für Tag und Nacht für Nacht in den Zusammenstössen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten austobt, furchtbringende Betätigungsmöglichkeiten bieten könnte. Aber mit diesen Wünschen, die gewiss neun Zehntel der deutschen Bevölkerung teilen, ist noch gar nichts getan und so einfach, wie sich die Herren Wirtschaftsparteiler die Dinge zurechtlegen, liegt das Arbeitsdienstpflichtproblem denn doch nicht. Auch das neue Arbeitsmilitär kostet Geld. Das erste Ziel müsste sein, dass sich diese Arbeitsarmee zunächst einmal selbst ernährt und versorgt. Hierfür wären aber zunächst genaue Berechnungen notwendig. Noch schwieriger ist die Lösung der Führerfrage. Die deutsche Arbeiterschaft dankt für einen neuen Militarismus. Eine deutsche Arbeitsarmee ist - wenn sie möglich ist - nur möglich unter der Führung der Gewerkschaften. Die Reichswehr der Republik ist zu 9/10 in der Hand der Kreise, die von jeher die Generäle und hohen Offiziere stellten. Die Führung einer Arbeitsarmee könnte nur in der Hand der deutschen Arbeiter, d.h. der Gewerkschaften liegen. Wer das nicht erkennt, ist ein Utopist.

SPD. London, 18. Juni (Eig. Drahtb.)

London ist in den letzten Tagen mehrfach von schweren Gewittern und Wolkenbrüchen heimgesucht worden, die schweren Schaden angerichtet haben. Am Mittwoch nachmittag waren die niedergehenden Wassermassen so stark, dass die berühmten Pferderennen in Ascot abgesagt werden mussten. Aus den Rennflächen waren fust-tiefe Seen geworden. Durch Blitzschlag wurde ein Buchmacher getötet.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Staatssekretär v. Schubert hat am Mittwoch dem zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ernannten Vortragenden Legationsrat und Ministerialdirigenten Dr. von Bülow die Geschäfte übergeben.

SPD. London, 18. Juni (Eig. Drahtb.)

Die letzte Sitzung des englischen Unterhauses war eine Rekordsitzung, wie sie seit dem Jahre 1881 nicht mehr erlebt worden ist. Die Tagung begann nachmittags um 2,45 Uhr und endete am Mittwoch Mittag 12,35 Uhr.

Auf der Tagesordnung stand die Budgetberatung, in deren Verlauf die Konservativen versuchten, gegen einzelne Etatsposten Obstruktion zu üben. Sie scheiterte an dem unerbittlichen Willen Snowdens. Der parlamentarischen Sitte gemäss kann der Tresorminister das Unterhaus zwingen, ein von dem Minister vorgesehenes Arbeitsprogramm zu Ende zu beraten. Snowden, der für die Dienstag-sitzung eine gewisse Anzahl von Paragraphen zur Erledigung vorgesehen hatte, nützte das ihm zustehende Recht aus und liess die Sitzung nicht eher schliessen, bis das vorgesehene Arbeitspensum erledigt war.

Während der nahezu 22stündigen Dauersitzung kam es mehrfach zu heftigen Szenen und scharfen Auseinandersetzungen mit der obstruierenden Minderheit, die erst am Mittwoch Mittag das Haus verliess, nachdem ihr Widerstand mit Hilfe der Labourpartei und der Liberalen zusammengebrochen war. 1881 gab es eine ähnliche Unterhaus-sitzung, die vom 31. Januar bis 2. Februar gedauert hatte.

SPD. Der dritte Tag der Weltkraftkonferenz brachte in einem Vortrag des amerikanischen Botschafters in Berlin Frederic M. Sackett eine wirtschaftspolitisch überaus bedeutsame Feststellung.

Der Botschafter sprach in der von der Konferenz abgehaltenen amerikanischen Stunde über die Probleme der Energieverteilung. Er betonte, dass das Hauptaugenmerk auf die Fragen der Kosten für den Verbraucher gerichtet werden müsse. In den Vereinigten Staaten zahle in den meisten Grosstädten der Verbraucher für den Haushaltsstrom etwa 25 Pfg. für eine Kilowattstunde - ein Preis, der 15 bis 20 mal über dem Herstellungspreis liege. Es gebe keine Industrie, wo derartig krasse Unterschiede zwischen Herstellungskosten und Lieferpreis existieren. Kein Wunder, wenn in den Vereinigten Staaten die Bewegung, die gegenüber den grossen privaten Elektrizitätsunternehmen eine staatliche Preiskonkurrenz verlange, von Tag zu Tag wachse. Die Bevölkerung verlange auch, dass der Staat die amerikanischen Wasserkräfte selbst bewirtschafte.

Sacketts Ausführungen waren den Vertretern der amerikanischen Elektrizitätskonzerne höchst unbequem. Sie haben deshalb versucht, den Botschafter zur Aenderung seiner Ausführungen, deren Inhalt z.T. bereits vorher bekannt geworden war, zu veranlassen. Sackett verhielt sich jedoch ablehnend.

Die deutsche Industrie hat stets darauf verwiesen, dass die amerikanische Elektrizitätsversorgung nur ihren hohen Stand erreicht habe, weil in den Vereinigten Staaten im Gegensatz zu Deutschland die öffentliche Hand keinen Einfluss auf die Elektrizitätswirtschaft habe. In Deutschland sind die Privatisierungsbestrebungen gegenüber kommunalen Elektrizitätsunternehmen besonders gefährlich geworden. Sacketts Ausführungen bilden zur Abwehr dieser Bestrebungen eine gute Hilfe.

SPD. Der Steuerausschuss des Reichsrates befasste sich am Mittwoch nach einer Rede des Reichsfinanzministers mit den Deckungsplänen der Regierung. Die Aussprache ergab, dass keines der im Reichsrat vertretenen deutschen Länder die Regierungsvorlage über das Notopfer annehmen wird. Auch der preussische Vermittlungsvorschlag dürfte keine Mehrheit im Reichsrat finden.

SPD. Lübeck, 18. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Lübecker Genossenschaftstag nahm am Mittwoch ein Referat von August Kasch über die Rechtssprechung der Zivil- und Finanzgerichte entgegen. Gestützt auf reichhaltiges Material erhob der Redner Anklage gegen die Justiz, die er wegen ihrer Einstellung zu den Konsumvereinen als Klassenjustiz bezeichnete und von der er forderte, dass sie wirklich Rechtsprechung und Gerechtigkeit walten lasse.

Kasch führte im einzelnen aus: Die Klassenjustiz in der Vorkriegszeit hämmerte den Betroffenen das Gefühl ein, Du wirst verurteilt, weil Du Arbeiter bist; Du wirst hart verurteilt, weil Du Gewerkschafter bist; Du wirst drakonisch hart verurteilt, weil Du Sozialist bist, Das Bild, das die heutige Justiz in ihrem Verhalten zu den Konsumgenossenschaften bietet, ist nicht wesentlich anders. Ein Konsumverein, der einer Preisvergleichung wegen verurteilt wurde und seinen Massnahmen dann streng nach der Kritik des Gerichtes änderte, ist abermals bestraft worden und zwar wegen Verstosses gegen die guten Sitten. Die Verurteilung des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine auf Grund des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb erfolgte, weil der Zentralverband eine Preisvergleichung veranstaltet hatte. Vor dem Krieg hat kein Mensch an einen solchen Gebrauch des Gesetzes gedacht. Es fiel niemandem ein, den Konsumvereinen zu verbieten, sich gegen die dreiste, täglich wiederkehrende Behauptung der Händler zu wehren, dass die Konsumvereine teurer wären als die Einzelhändler.

Ein Kleinhändlerführer verlangte, dass die Spitzenverbände des Einzelhandels es als nicht richtig erklären sollten, die Verbraucher durch Rabattmarken zu täuschen. Andere Kleinhändler haben öffentlich geäußert, dass die Einführung der Rabattmarken unvereinbar mit der Ehrlichkeit des Kaufmannstandes sei. Eine Kölner Detailhändlerorganisation hat erklärt, das Publikum habe nur einen eingebildeten Nutzen von der Einrichtung des Rabattmarkensystems. Eine Händlerzeitung schrieb sogar, dass das Rabattgeben eine Täuschung des Publikums und deshalb Schwindel sei; wer im Ladengeschäft Rabatt gebe, lade den Verdacht des Betrugens auf sich. Als das "Konsumgenossenschaftliche Volksblatt" in viel milderer Form dasselbe sagte, habe das Hamburger Gericht ihm (dem Redner als Schriftleiter des konsumgenossenschaftlichen Volksblatts. Red.) für alle Zeiten bei evtl. 500 Mk. Strafe im Einzelfall verboten, seine ehrliche Meinung über ein System zu sagen, das man für die schlimmste Schädigung der Verbraucherschaft halten muss. Der Redner dürfe z.B. als Leiter der "Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" nicht einmal über seine eigene Rede berichten. Als einziger Schriftleiter von Tausenden in Deutschland dürfe er auf Grund dieses Urteils seine journalistische Pflicht nicht erfüllen. Das ist ein nicht zu überbietender Skandal.

Auch die Finanzrechtsprechung betrachtet die Dinge vielfach durch die Mittelstandsbrille. Das gilt besonders für die Warenabgabe an Nichtmitglieder.

Bedenklich ist es, wenn der Reichsfinanzhof in einem bestimmten Fall erklärt, es sei nicht seine Aufgabe, den steuerfreien Genossenschaften den Wettkampf mit den steuerüberlasteten Kleinhandel um die Kundschaft der Nichtmitglieder zu erleichtern. Das ist nicht als kritikloses Nachbeten unbewiesener und unbeweisbarer Mittelstandsbehauptungen; denn die Konsumvereine sind weder steuerfrei, noch ist der freie Handel, verglichen mit den Konsumgenossenschaften, steuerüberlastet. Es ist ein offenes Geheimnis, dass es mit den Steuerleistungen weiter Mittelstandskreise nicht allzu weit her ist, dass sie wenig oder garnichts zahlen. Der Reichsfinanzhof hat durch seine geradezu grundlosen Behauptungen dem Glauben an seine Objektivität einen schweren Stoss versetzt.

Diese Justiz, die immer nur die unbemittelten Kreise als Objekt zu treffen weiss, ist dem Volk verhasst, weil die Massen ein sehr feines Empfinden für Ungerechtigkeiten haben. Einst hat man dem Volk gepredigt, es solle sparen und sich selbst helfen, und man habe auf die Konsumvereine verwiesen. Das Volk

hat gespart, hat sich selbst geholfen und hat in den Konsumvereinen Grosses und Vorbildliches geschaffen. Aber kaum steht das Werk, so fällt alle Welt darüber her, um es zu stören und zu zerstören. Ein Reichsminister darf in die Welt hinausposaunen, dass die Ausnahmebesteuerung nur der erste Schritt im Kampf gegen die Konsumvereine ist.

Das sind Erscheinungen, die zu den trübsten Befürchtungen für die Zukunft Anlass geben. Die Genossenschaftler erheben ihre warnende Stimme, Sie wollen die Freiheit und Unabhängigkeit der Rechtsprechung. Sie fordern aber auch, dass sich die Rechtsprechung unabhängig macht von Einseitigkeit der Auffassung und von Befangenheit in Klasseninteressen. Die Rechtsprechung soll die Sprache der Gerechtigkeit sprechen. Mehr verlangen die Konsumgenossenschaften nicht.

Sirakowsky-Hamburg berichtete über das konsumgenossenschaftliche Fortbildungswesen. Die Bestrebungen gingen dahin, soziale Kräfte heranzubilden, das Verkaufspersonal für das Werk der Pioniere von Rochdale zu gewinnen und vor allem die Frau, die Geschäftsführerin im werktätigen Haushalt konsumgenossenschaftlich zu schulen.

Mit dem 8. Semester der Genossenschaftsschule, an dem 22 Schüler teilnahmen, -so führte Sirakowsky aus - sei man zufrieden. Der zweite Spezialkursus für Einkäufer von Textilien, Hausstands- und Schuhwaren lehrte, dass noch recht viele Spezialarbeiter herangezogen werden müssten. Das gleiche gelte auch für die Reisevertreter der Grossverkaufsgesellschaft. Auch der breiten Mitarbeiterschicht des weiblichen und männlichen kaufmännischen Personals müsse Möglichkeit gegeben werden, inneren Anschluss an die Konsumvereinsbewegung zu finden. Für die Frauen wurden 20 Gruppen organisiert, von denen bis 9 stattgefunden hätten. Die Zahl der Teilnehmerinnen schwankte zwischen 100 und 250. Die nächsten Kurse würden sicherlich ebenso stark besucht sein. In diesen Frauenkursen soll gesagt werden, unter welchen Bedingungen die Mitarbeit der Frauen in den Konsumvereinen möglich ist. Nur wer das Lebensgesetz der Konsumvereine und der Konsumgenossenschaftsbewegung kenne, kann ihnen dienen. Das Lichtbildervortragswesen sei nach Kräften gefördert worden. - Das Vermögen der Fortbildungskommission vermehrte sich um rund 100 000 Mark. Die Überschuss- und Verlustrechnung zeigt eine Endsumme von 315 000 Mark.

Gegen vier Stimmen beschloss der Kongress den Ausschluss des Konsumvereins Merseburg dessen kommunistische Leitung dauernd gegen die Statuten des Zentralverbandes verstossen hat und den konsumgenossenschaftlichen Bestrebungen fortwährend Schaden zufügt. Schliesslich wurden die ausscheidenden Mitglieder des Vorstandes, des Ausschusses und der Fortbildungskommission wiedergewählt.

SPD. Prag, 18. Juni (Eig. Drahtber.)

Der ehemalige Kommandant der tschechischen Legionäre in Sibirien, der französische General Janin, behauptet in seinen demnächst auch in tschechischer Sprache erscheinenden Memoiren, dass es ihm seinerzeit auf besondere Weise gelungen sei, den Leichnam des von den Bolschewisten ermordeten letzten russischen Zaren Nikolaus den Bolschewisten in Jekaterinenburg zu entreissen. Er habe den Leichnam später auf seinem Schloss in der Nähe von Paris in der Familiengruft beigesetzt.

SPD. Brünn, 18. Juni (Eig. Drahtber.)

Der hiesige Stadtrat erteilte dem Schindustriellen Bata die Genehmigung zum Bau eines Wolkenkratzers in Brünn. Das Kaufhaus, das 23 Stockwerke erhalten und 76 Meter hoch sein soll, wird der erste Wolkenkratzer der Tschechoslowakei sein.

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 18. Juni (Eig. Bericht)

Der Reichstag führte am Mittwoch die Aussprache über den Haushalt des Reichsinnenministeriums zu Ende. Das Haus war sehr schlecht besetzt. Das lag aber daran, dass während des Plenums die Sozialdemokraten eine mehrstündige Fraktionssitzung abhielten und zahlreiche Abgeordnete aus allen Parteien zum Wahlkampf nach Sachsen gefahren waren.

Der Tag wurde durch eine sehr bedeutungsvolle Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Moses gegen seine Standesgenossen eingeleitet. Moses erhob schwere Vorwürfe gegen die Behandlung des Lübecker Kindersterbens durch die ärztlichen Standesvereine und die ärztlichen Zeitschriften. Auch die Staatsanwaltschaft habe versagt. Was würde, so fragte der Arzt Moses, geschehen sein, wenn einem Heilkundigen diese folgenschweren Irrtümer passiert wären. Man braucht nicht das wissenschaftliche Urteil abzuwarten, um ethisch, moralisch und strafrechtliche Stellung zu nehmen.

Der volksparteiliche Abgeordnete Runkel bedauerte, dass die Kulturfragen dem Innenministerium überwiesen seien. Dadurch kämen sie zu kurz. Man müsse ein eigenes Kulturamt schaffen. - Die evangelischen Theologen kamen durch den deutschnationalen Abg. Dr. Strathmann zu Wort. Er machte religiöse Gründe gegen die thüringischen Schulgebete geltend. Im übrigen galt seine Rede dem sogenannten Kulturboschewismus, ohne dass er näher sagte, was unter diesem Schlagwort zu verstehen ist. Der deutschnationale Abg. Everling trat als Anwalt der politischen Radaumacher auf. Warum auch nicht, ist er doch ausserhalb der Nationalsozialisten der Abgeordnete, der am gehässigsten und jungenhaftesten im Reichstag zu sprechen versteht. Selbstverständlich verlangte er die Aufhebung aller Verbote gegen rechtsradikale Organisationen, auch die Aufhebung des Uniformverbots, obwohl gerade Herr Everling in einer Uniform unendlich komisch aussehen müsste. Für die Beamten der Republik forderte er das doppelte Gehalt wie in der Monarchie, weil die Beamten nicht mehr die Ehre hätten, sich "königlich" zu nennen. Der demokratische Abg. Sparrer meinte, die Kritik des Everling an der Verfassung sei so gehässig, dass man gar nicht darauf antworten könne. Die bayerische Volksparteilerin Fräulein Lang-Brumann redete lang und breit gegen den gemeinsamen Unterricht für Knaben und Mädchen. Sie müsste eigentlich wissen, dass gerade im Lande Bayern viel ländliche Schulklassen von Knaben und Mädchen gemeinsam besucht werden. Allerdings nicht aus schulreformerischen Gründen, sondern im Gegenteil, weil man nicht genug Geld für die Schulen aufwendet.

Die weitaus beste Rede in der mehrtägigen kulturpolitischen Debatte hielt der sozialdemokratische Abg. Dr. Löwenstein, unzweifelhaft einer der feinsinnigsten Pädagogen in Deutschland. Sein Vortrag wurde auch im Zentrum mit achtungsvoller Aufmerksamkeit angehört. Löwenstein entwickelte geistvoll, wie die sozialdemokratischen Erziehungsideale aus der gesellschaftlichen Entwicklung herauswachsen. Selbst die Gegner der Sozialdemokratie könnten sich diesem Zwange nicht ganz entziehen. In knappen und doch sehr klaren Formulierungen wies Löwenstein das Gerede von dem "Materialismus" der Sozialdemokratie ab: "Unser Materialismus hat wenig mit dem bürgerlichen naturwissenschaftlichen oder ethischen Materialismus zu tun. Wir wollen das materielle Leben, die Grundlage des Kulturlebens für die Massen sicherstellen und auf eine höhere Stufe stellen." Den Nationalsozialisten sagte Löwenstein, dass deren soziale Forderungen aus dem sozialdemokratischen Programm gestohlen seien. Sie lebten in einem Mystizismus der Gewalt, der im Gegensatz zum Streben der Sozialdemokraten stehe. Unmittelbar nach Löwenstein sprach der Zentrumsabgeordnete Joos, der sich bemühte die Aussprache im Sinne der Toleranz, die Löwenstein verlangt hatte, fortzuführen. Es gelang ihm freilich nicht. Joos griff auf die Rede Strathmanns zurück und sagte, dass er schon die Reform des § 218 als Kulturboschewismus be-

zeichnen müsse. Der Zentrumsredner propagierte also eine echte Kultur des Christentums über alle anderen Kulturströmungen.

Inmitten der sehr ernstesten Aussprache gab es ein lustiges Intermezzo. Joos redete eifervoll für die Bevorzugung der Kinderreichen. Er verlangte, dass die Kinderreichen nicht nur steuerlich, sondern auch bei der Besetzung von Stellen bevorzugt würden. Da rief ihm der Sozialdemokrat Sollmann dazwischen, dass nach diesem Grundsatz weder Brüning Reichskanzler, noch Wirth Reichsminister hätte werden dürfen, denn beide seien Junggesellen. Das Haus lachte vergnügt und Herr Joos eilte zum Schluss. Nicht recht klar wurde, wie er den Kapitalismus reformieren will. Jedenfalls lebt er in der schönen Hoffnung, dass man das mammonistisch-kapitalistische System einigermaßen zurechtkurieren kann.

Aus der weiteren Aussprache ist nur noch die Rede des nationalsozialistischen Abg. Stöhr bemerkenswert. Es fiel zunächst auf, dass er kein Wort zur Verteidigung Fricks sagte. Er bemühte sich, eine nahezu staatsmännische Rede zu halten und schloss geradewegs mit einem Koalitionsangebot an das Zentrum für den nächsten Reichstag, in dem die Nationalsozialisten eine grosse Mehrheit darstellen würden. In einer persönlichen Bemerkung stellte Abg. Sollmann gegenüber Stöhr fest, dass er im Gegensatz zu dessen Behauptung keineswegs die nationalsozialistische Partei und die Kommunistische Partei in ihrer Gesamtheit als Strolchewismus bezeichnet habe, sondern er habe von politischen Raufbolden gesprochen, die Leben und Gesundheit Andersdenkender missachteten und Andersdenkende niederschlugen. Das sei politischer Strolchewismus. Nach der heutigen so vorsichtigen Rede Stöhrs dürfe er beinahe hoffen, in Zukunft diesen nationalsozialistischen Abgeordneten im Kampfe gegen den Strolchewismus an seiner Seite zu sehen.

Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr.

SPD. Schweidnitz, 18. Juni (Eig. Drahtb.)

Im Schweidnitzer Prozess wurden am Mittwoch mehrere Nationalsozialisten aus Reichenbach vernommen, von deren Beteiligung an der Schlägerei man erst nach dem ersten Prozess erfuhr. Mehr denn je kam im Verlauf der Vernehmungen der Gegensatz zwischen dem polizeilichen Protokoll und den früheren eidlichen Aussagen der Zeugen zum Ausdruck. Die Zeugen sind von der Polizei überraschend vernommen worden, sodass sie keine Gelegenheit hatten, sich vorher zu verständigen. Infolgedessen haben sie fast übereinstimmend wahrheitsgemässe Schilderungen über den Verlauf der Schlägerei. Vor Gericht leugnen sie alles, was in dem Protokoll festgehalten ist, obwohl ein Unbeteiligter, der damals von den Nationalsozialisten zur Teilnahme an der Schweidnitzer Versammlung aufgefordert wurde und an ihr auch teilgenommen hat, vor Gericht seine erste Schilderung aufrecht erhält. Die Nationalsozialisten erklären demgegenüber, dass sie vor der Polizei gelogen haben. Der Vorsitzende ermahnt sie wiederholt, daran zu denken, dass sie unter Eid stünden. Einem der nationalsozialistischen Zeugen hält der Vorsitzende entgegen: "Sie lügen ja berufs- und gewerbsmässig. Schämen Sie sich nicht?"

Die Verhandlung ergab im übrigen, dass die polizeilichen Vernehmungen von dem Verlauf der Schlägerei ein wahres Bild geben. Der Polizeisekretär, der die Protokolle angefertigt hat, gibt an, dass er bei der Vernehmung mit grosser Sorgfalt gehandelt habe, um von vornherein jede Beschwerde zu unterbinden. Der Staatsanwalt beantragte, die Vereidigung von zwei Nationalsozialisten auszusetzen, weil der Verdacht der Mittäterschaft bestehe. Das Gericht beschloss jedoch die Vereidigung vorzunehmen.

Aus aller Welt

Alle Tage Blut!

Politische Rowdychronik der letzten Nächte von Berlin.

SPD. Ist das noch Politik? Gruppen junger und jüngster Menschen, bis zur Weissglut erhitzt durch die verbrecherische Demagogie skrupelloser Agitatoren denen die Verleumdung alles, Wahrheit und Aufklärung nichts bedeuten, ziehen durch die Strassen, prügeln mit Schlagringen, Gummiknüppeln und Bleistöcken auf ihnen missliebig Erscheinende ein, beschiessen sich im Dunkel der Nacht gegenseitig aus Trommelrevolvern und Brownings, die sie so locker in der Tasche tragen, wie andere ihr Taschentuch, sie unternehmen Razzien durch Parks und Anlagen, in denen der von Arbeit und Sommerhitze geplagte Grosstädter ein paar Stunden abendlicher Erholung sucht, sie knallen in fahrende Autobusse, verletzen unbeteiligte, harmlose Passanten auf den Tod; sie schlagen die Gäste eines grossen Freibads blutig und fühlen sich als die Pioniere eines sagenhaften dritten Reiches oder einer zweifelhaften Diktatur, von der sie theoretisch wie praktisch bisher nur so viel wissen, dass man dem Gegner das Nasenbein zertrümmern und ihm, Welch hoch fliegender Idealismus, den Schädel einschlagen soll. Eine kurze Aneinanderreihung typischer Vorfälle, die sich in den letzten Nächten in der Reichshauptstadt ereignet haben, ist plastischer und eindringlicher als ein Film, Ein Bilderbogen der unsäglichen Rohheit, der mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu steuern in zwölfter Stunde gebieterische Pflicht des Staates ist.

Der abendliche Kurfürstendamm in Berlin. Hunderte promenieren auf den breiten Anlagen der grossen Strasse. Aus den Restaurants schallt gedämpfte Musik. Da bricht plötzlich aus einer dunklen Seitenstrasse eine Rotte von 40 bis 50 jungen Menschen, mit Stöcken und Schlagringen bewaffnet und beginnt gänzlich unmotiviert auf die Passanten einzuschlagen. Ein 60jähriger Mann, der gänzlich ahnungslos und uninteressiert vorübergeht, wird mit Faustschlägen traktiert und, als er schüchtern zu protestieren wagt, mit den Rufen: "Halts Maul, verfluchter Jude!" und "Verreck, Du Hund" zu Boden geworfen. Mit erheblichen Gesichtsverletzungen bringt man den Unglücklichen zur Rettungswache. Er war übrigens gar kein Jude, sondern ein christlicher oberbayrischer Kaufmann, der sich beruflich in Berlin aufhielt.

In Steglitz, einer berüchtigten Hochburg der schwarz=weiss=roten Reaktion, gehen zwei japanische Studenten harmlos plaudernd spazieren. Doch sie haben nicht mit der Aktivität nationalsozialistischer Rowdys gerechnet. Ein Trupp von etwa 12 Goebbels=Leuten kommt ihnen entgegen, schlägt ihnen die Hüte vom Kopf und beginnt sie unter dem Ruf: "Raus mit den Kerlen -!" zu misshandeln. Durch das energische Dazwischentreten beherzter Passanten werden die zwei Japaner vor dem Schlimmsten bewahrt.

Nationalsozialistische Versammlung in Reinickendorf. Im Saal sind zahlreiche Kommunisten anwesend. Als einer von ihnen in der Diskussion zu sprechen versucht, wird er nach den ersten Sätzen von S.A.=Leuten vom Podium gestossen. Ein wüster Tumult entsteht. Im Handumdrehen ist eine wüste Keilerei im Gange. Mit ausgebrochenen Stuhlbeinen, mit Bierseideln und Totschlägern gehen die Gegner aufeinander los. Ergebnis: ca. 12 Verletzte, von denen ein

Teil ins Krankenhaus geschafft werden muss. Am Ende der Schlacht gleicht der Saal einem Trümmerfeld.

+

Anderthalb Stunden später, kurz vor Mitternacht. Ein Autobus der Linie 15, dicht gefüllt mit Berlinern, die nach Hause wollen, hält an der Ecke Greulich Promenade - Appenzeller Strasse. Hier steigen 15 Nationalsozialisten ein. Als der Autobus wieder anzufahren beginnt, kommen von der andern Seite der Strasse mehrere junge Burschen im Laufschrift angerannt, die plötzlich, als sie den Autobus erreicht haben, Revolver ziehen und in den dichtgefüllten Kraftwagen hineinfeuern. Gleichzeitig werden durch die zertrümmerten Wagenfenster schwere Pflastersteine geworfen. Im Wagen entsteht eine entsetzliche Panik, in wilder Aufregung versuchen die Fahrgäste das Weite zu gewinnen. Als man sich an die Verfolgung der Attentäter macht, sind sie längst in der dunklen Strasse entkommen. Vieles zum Teil lebensgefährlich Verletzte werden ins Krankenhaus überführt, es sind sämtlich Unbeteiligte.

+

Im Norden Berlins gerieten zwei Klebe- und Schmierkolonnen der Nationalsozialisten und Kommunisten, deren Aufgabe es ist, Häuserfronten, Lattenzäune und Schaufenster mit Oelfarbe zu beklecksen, zusammen. Nach einem kurzen Wortwechsel beginnen die Gegner Messer und Schlagring zu ziehen und aufeinander einzuprügeln. Entsetzte Passanten, die zu schlichten versuchen, sind gänzlich machtlos. Die Polizei ist, da sie ja schliesslich nicht überall sein kann, im Augenblick nicht zur Stelle. Nach einem "Nahkampf", der von beiden Seiten mit einer erschreckenden Erbitterung, jedoch von den Nazis mit dem Übergewicht grösserer Brutalität geführt wird, liegt ein 22-jähriger Arbeiter, Kommunist, von drei Lungenstichen durchbohrt, tot am Boden. Fünf andere "Kämpfer" sind zum Teil schwer verletzt. Als die Polizei herzueilt, haben die Krieger vom Sowjetstern und Hakenkreuz längst das Weite gesucht.

+

Das ist die Ernte weniger Tage. Das sind die Früchte einer Hetze, die so gemeingefährlich ist, dass jede Toleranz ihr gegenüber zum schweren Verbrechen, ja zur Totsünde am Volke wird. So geht es nicht nur in Berlin zu. In Baden, in Sachsen, in Schlesien und Mitteldeutschland wütet die Pest dieser jungen verirrt und verwirrten Menschen, die, aus dem seelischen Gleichgewicht gebracht, wie wütende Wölfe übereinander herfallen. Aber die Anderen, die vielen Millionen, die mit diesem Wahnsinn nichts zu tun haben wollen und die Mit-Leidtragenden sind, machen da nicht mehr mit. Sie fordern Abhilfe! -

Terry.

+

+

+

150 000 Leprakranke!

Der Aufruhr der Sterbenden - Der verhinderte Massenselbstmord - Ist Europa in Gefahr? - Das Heldentum des Missionars - Gibt es Rettung für die Verdammten

In Holländisch-Indien hausen heute 50 000 Leprakranke, in China etwa 100 000. Sie sind durch ihr Leiden so gut wie zum Tode verurteilt. In der niederländischen Lepra-Kolonie Agusan Gajuluos brach neulich ein Aufruhr aus, er wurde niedergeschlagen. Die Ursache des Aufruhrs war ausserordentlich tragisch. Die holländische Regierung hatte die Bewohner dieser Leprakolonie in durchaus guter Pflege gehalten. Die Kranken hatten genug zu essen, wohnten gut, aber stärker als das befriedigende Bewusstsein, gepflegt zu werden, war das entsetzliche Gefühl des sicheren Todes, den sie vor Augen hatten. Unaufhörlich baten die Kranken der Kolonie um den Gnadenschuss. Natürlich wurde der Wunsch immer wieder abgeschlagen. Aber eines Tages kamen vier neue Leprafamilien in die Kolonie, die den Weg in den Tod abkürzen wollten durch - Freitod. Und während die vier Familien den Scheiterhaufen, in dessen Flammen sie sich stürzen wollten, zusam-

mentrugen, forderten sie die anderen auf, auf die gleiche schauerliche Weise aus dem Leben zu gehen. Das tragische Beispiel steckte an. Eine ganze Kolonie wollte sich verbrennen. Die Wachen hatten alle Hände voll zu tun, das Vorhaben zu vereiteln. Aber je mehr sie sich bemühten, das Leben der Todgeweihten zu erhalten, umso rasender gebärdeten sich jene. Sie wollten sterben! Aber sie sollten nicht! Schüsse knallten. Und viel Blut floss an jenem furchtbaren Tage auf Agusan Gajuluos.

Rettung aus dem Dschungel?

Von den 50 000 Leprakranken Holländisch=Indiens sind 200 Europäer. Auch sonst ist die entsetzliche Pest heute eine im wesentlichen aussereuropäische Seuche. Aber in Afrika gibt es beispielsweise noch Gebiete, in denen 15 % der Eingeborenen leprakrank sind. Nach dem heutigen Stand der ärztlichen Wissenschaft sind die Leprakranken nicht zu retten. Diejenigen, die isoliert sind, gefährden die Öffentlichkeit nicht. Zehntausende, bei denen sich die Krankheit im ersten Stadium befindet, und die in Freiheit leben, gefährden aber die übrige Bevölkerung in höchster Masse. Ausserdem besteht eine grosse Gefahr der Ansteckung stets dadurch, dass die isolierten Kranken in ihrer grenzenlosen Verzweiflung immer wieder versuchen, aus ihrem Lager auszubrechen. Die Wissenschaft ist bemüht, die Krankheit auszurotten, d.h. ein Heilmittel gegen sie zu finden bis jetzt vergeblich. Aber mit unermüdlichem Eifer sind englische und holländische Gelehrte bemüht, aus dem Öl einer in den Dschungeln Sumatras wachsenden Pflanze ein Medikament herzustellen, das fähig sein soll die Leprabazillen zu töten. Bis es gefunden ist, können freilich noch Jahrzehnte vergehen.

Verwesung bei lebendigem Leibe.

Aussatz... Aussätzige... Bei dem Namen allein lief dem Menschen des Altertums und Mittelalters ein Schauer über den Rücken. Alles, was teuflische Fantasie an Grauenhaftem und Qualvollem sich auszumalen vermochte, fasste sich zusammen in diesem einen Wort. Ein Schriftsteller des Altertums schreibt über die Lepra: "Die Gesichtshaut des Kranken ist mit Pocken übersät, die in Form von Geschwüren zum Ausbruch kommen und niemals trocknen. Braunes, rotes, gelbes, und weissliches Schorf überzieht den Körper wie die Schuppen eines Fisches. Die Ohren faulen vom Kopf ab und fallen in Fetzen herunter. An manchen Stellen fallen die Haare aus und lassen feuchte, blutige Flecken zurück. Wie zwei glühende Kohlen leuchten die Augen, aus deren Lidern Eiter auf die Wangen fliesst. Die Lippen schwellen unförmig an und der Speichel, der von der gleichfalls angeschwollenen Zunge nicht zurückgehalten werden kann, strömt unaufhörlich aus dem Munde. Verwesungsgeruch geht von dem Atem des Kranken aus. Arme und Beine verschwinden fast unter unförmigen Geschwülsten. Die Knochen verwandeln sich in eine schwammige Masse und nach und nach fallen ganze Glieder verfault vom Leibe".

Man konnte sich die Krankheit nicht anders erklären, als dass böse Geister in die von ihr betroffenen Menschen gefahren wären. Jahrtausende vor der christlichen Zeitrechnung schon schleuderte ein indischer Dichter als Erster den Bannfluch auf den Aussätzigen. "Er möge im Verborgenen leben", schrieb er, "auf einer Tragbahre, zusammen mit den räudigen Hunden und unreinem Getier... Denn er beschimpft das Licht. Man verfolge ihn mit Steinwürfen und man bedecke ihn mit Unrat, ihn, die lebende Verwesung. Mögen die Flüsse seine Leiche verschlingen!"

Die Totenmesse für Lebende.

Wahrscheinlich stammt die Lepra aus Indien. Von hier drang sie über Persien, Arabien und Syrien bis nach Aegypten und schliesslich sogar bis nach Griechenland vor. Die Kreuzritter des Mittelalters brachten zwei verhängnisvolle Geschenke aus dem Orient mit heim nach Europa: die Syphilis und die Lepra. Staat und Kirchen griffen ein. Sobald jemand aussätzig wurde, schleppte man ihn in die Kirche, bedeckte seinen Körper mit einem schwarzen Tuch und liess die Totenmesse für ihn lesen. Dann bewarf man den lebenden Leichnam mit einer Schaufel Erde und brachte ihn in das nächste Lepra=Asyl. Dieses Haus durfte der

Kranke nur mit einem grossen roten oder grauen Mantel bekleidet verlassen. Ein Hut mit breitem Rand verdeckte das Gesicht des Aussätzigen. Mit einem langen Stock musste er die Waren, die er kaufen wollte, bezeichnen. In der Hand hielt der Leprakranke eine Klingel, deren Lärm die Passanten warnte. Die Fanatiker des Mittelalters hassten die Aussätzigen wie den leibhaftigen Satan und man behandelte sie schlimmer als räudige Hunde. Oft kam es zu wahren Progromen gegen die Leprakranken. Man folterte, man quälte sie, man schlug sie tot.

Schiffe als Asyle.

Der Hass des Pöbels auf die Leprakranken hat sich noch bis heute in China erhalten. Inner des Landes schätzen die dort lebenden Aussätzigen auf über Hunderttausend. Ihre Lage spottet jeder Menschenwürde Hohn. Man weist ihnen Boote und Flösse als Aufenthalt an und verbietet ihnen bei Todesstrafe, jemals wieder das Land zu betreten. Es gibt aber in China auch Dörfer, in denen Leprakranke hausen: sämtliche Bewohner sind von der Krankheit betroffen. Alle Reisende machen einen weiten Bogen um diese Orte. Die einheimischen Behörden tun nichts, oder wenig, um der schrecklichen Krankheit im Lande Herr zu werden...

Ein englischer Missionar ist vor Jahren dadurch berühmt geworden, dass er es wagte, eine Südsee-Insel zu betreten, auf der nur Aussätzige wohnten. Zuerst nahmen die Kranken den fremden Mann mit grösstem Misstrauen auf. Man hätte ihn fast gesteinigt. Nach und nach aber erwarb er sich das Wohlwollen einiger Bewohner. Es gelang dem Missionar, aus den armen Geschöpfen, die wie Tiere in Erdhöhlen hausten, wenigstens in gewissen Sinne Menschen zu machen. Der Missionar lehrte sie den Bau von Hütten, gab ihnen Kleidung und zeigte ihnen das Pflanzen von Früchten und von Gemüse. Ein grosses Fest sollte gefeiert werden, da bemerkte der Missionar mit Entsetzen, dass auch er von der grauenhaften Krankheit befallen war. Auf seiner Haut zeigten sich die ersten verräterischen roten Streifen. Er starb nach kurzer Zeit an der gleichen Folter, wie die Menschen, denen er Hilfe hatte bringen wollen. Heute ist alle Menschenkultur wieder auf der Insel verfallen. Die Leprakranken starben aus, niemand wagt, das Land zu betreten.

+

Und soll man es glauben? Selbst in Europa gibt es heute noch ein paar Dutzend Opfer, die hinter den dicken Mauern eines Klosters dem langsamen, qualvollen Tode, das heisst der Verwesung bei lebendigem Leibe entgegengehen. In dem französischen Departement Gard liegt der Ort Valbonne. Hier wurden vor kurzem die letzten Aussätzigen, von der übrigen Welt völlig isoliert, untergebracht. Bald werden die letzten Zeugen von Europas Pestzeit gestorben sein.

+

+

+

Vor den Mutteraugen ertrunken. Durch das Nachgeben des vorspringenden Teiles eines Molenkopfes fielen in Altona ein 10- und ein 11-jähriges Kind vor den Augen ihrer Mutter in die Elbe. Sie wurden in einen Strudel gerissen und ertranken.

+

+

+

Revanche Schmeling=Sharkey? Die Unternehmer des reichlich missglückten Kampfes um die Boxweltmeisterschaft zwischen Sharkey und Schmeling sind bemüht, die beiden Boxer für ein zweites Ringen um die Meisterschaft zu gewinnen und zwar ist als vorläufiges Datum der 25. September vorgesehen. Der Kampf soll, falls es zum Abschluss kommt, abermals im New-Yorker Yankee-Stadion stattfinden. Bis jetzt sind die Verhandlungen so weit gediehen, dass Sharkey 12 ½% der Einnahmen für sich haben will, während Schmeling 37 ½% fordert.

+

+

+

Düsseldorf in New York. Hat auch New York seinen Kürten? Ein Unbekannter schreibt an die Zeitungen Briefe, in denen er mitteilt, dass er die Ermordung von 16 Personen plant, und dass er in den ersten beiden Tagen dieser Woche bereits zwei Menschen ermordet habe. Ueber diese beiden bereits ausgeführten Morde macht der Vampyr nähere Angaben, deren Richtigkeit die Polizei zugeben musste. Der Bevölkerung von New York hat sich begreifliche Aufregung bemächtigt.

Der getrennte Leichnam. In Duisburg=Ruhrort wurde aus dem Rhein ein in einen Sack eingenähter Frauenrumpf gelandet. In Mühlheim fand man in der Ruhr einen Frauenkopf. Man nimmt an, dass beide Körperteile zusammengehören. Die zentrale Mordkommission in Essen hat die Ermittlungen aufgenommen.

+ + +

Falschmünzerei an der Ruhr. in Gelsenkirchen wurde der 54-jährige Karl Reuss dabei ertappt, wie er in einer Wirtschaft seine Zeche mit falschen Fünfpfennigstückchen bezahlen wollte. Er konnte festgenommen werden. In seiner Wohnung fand die Polizei eine guteingerichtete Falschmünzwerkstatt und eine grosse Menge falschen Geldes. Reuss ist wegen des Deliktes der Falschmünzerei bereits vorbestraft.

+ + +

Im Lehm verschüttet. In der Nähe des Ortes Lehmgrube bei Bebra wurden drei Lehrlinge von Erdmassen verschüttet. Zwei konnten nur tot geborgen werden, während es dem Dritten möglich war, sich selbst auszugraben.

+ + +

Riesenserie der Badeopfer. Im Oberrhein sind in den letzten 14 Tagen nicht weniger als 30 Personen beim Baden ertrunken. - 14 der Ertrunkenen stammen aus Köln.

+ + +

Höllmaschine in der Schule. Dem Schüler Ernst Löwenberg in Brügge wurde in die von ihm besuchte Städtische Handelsschule ein Postpaket geschickt, das ihm vom Schuldiener überreicht wurde. Als ein Mitschüler das Paket in die Hand nahm, explodierte es - es war eine Höllenmaschine. Der Junge erlitt Verbrennungen an beiden Augen, auch Löwenberg wurde schwer verletzt. Die Höllenmaschine war vollkommen fachmännisch hergestellt. Man vermutet einen Racheakt, durch den besonders der Vater Löwenbergs getroffen werden sollte.

+ + +

Eine feine Familie. In Köln erregte ein junges Mädchen, das sich in einem Hotel einlogiert hatte, dadurch Aufsehen, dass es nur mit Fünfmärkstücken bezahlte. Die von den Kellnern alarmierte Polizei konnte feststellen, dass das Mädchen inzwischen nach Frankfurt abgereist war, wo es gleichfalls nur mit den geheimnisvollen Fünfmärkstücken bezahlte. Auf Veranlassung der Kölner Kriminalpolizei wurde das Mädchen in Frankfurt verhaftet und nach Köln gebracht, wo es gestand, dass es seinem Vater fünfzig Fünfmärkstücke aus der Schublade gestohlen habe. Später stellte die Polizei fest, dass der Vater des Mädchens seit langer Zeit eine Falschmünzerei betreibt. Die Fünfmärkstücke der väterlichen Fabrikation waren mit der grössten Raffiniertheit hergestellt und von echten kaum zu unterscheiden. Das Mädchen, sein Vater, seine Mutter und seine Tante, die sämtlich in die "falsche" Geschichte verwickelt sind, wurden festgenommen.

+ + +

Mordaufklärung nach 6 Jahren. Ein vor 6 Jahren an der deutsch=luxemburgischen Grenze begangener Sittlichkeitsmord an einem minderjährigen Jungen wurde jetzt von der Kölner Kriminalpolizei aufgeklärt, als dieser Tage ein Mann wegen eines neuen Sittlichkeitsverbrechens an einem Mädchen verhaftet wurde. Schon vor einigen Jahren war dieser Mann, der seiner Verbrechen geständig ist, von den Eltern des Jungen der Untat bezichtigt worden. In brutaler Schamlosigkeit hat damals der Übeltäter seine Beschuldiger angezeigt und erreicht, dass sie zu Gefängnisstrafen, die auch verbüsst worden sind, verurteilt wurden. Nunmehr hat sich herausgestellt, dass der Verdacht der Eltern volle Berechtigung besass.

Gewerkschaftliche Bündschau *

Die Bekleidungsarbeiter = Internationale.

SPD. Der Kongress der Internationalen Bekleidungsarbeiter-Förderung, der dieser Tage in Leipzig stattfand, war von 31 Delegierten besetzt. Vertreten waren Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, England, Holland, Oesterreich, Schweden, die Tschechoslowakei und Ungarn.

Der Kongressvorsitzende Plett-Berlin gab in seiner Begrüßungsansprache der Hoffnung Ausdruck, dass die Pelz-Ausstellung zu ihrem Teil zur Belebung der Wirtschaft beitrage. Im Anschluss an die Erörterung der Berufskrankheiten im Zurichter- und Kürschnergewerbe nahm der Kongress einstimmig eine Entscheidung an, in der zur Vermeidung von Hautkrankheiten eine gründlichere Kontrolle der eingeführten Kaninchenfelle gefordert wird. Eine lebhaft ausgeführte Aussprache knüpfte sich an den Antrag der Engländer, die Kürschner, die Europa nach Grossbritannien gehen wollen, über die schlechte Lage des britischen Arbeitsmarktes aufzuklären. Das Internationale Büro schlug dazu vor, dass eine solche Aufklärungsarbeit nicht nur auf die Kürschner und, soweit Grossbritannien in Frage komme, beschränkt werden könne. Der Kongress schloss sich dieser Auffassung des Büros an. Gegen einen Antrag der Belgier, eine internationale Kasse zur Unterstützung auswandernder Bekleidungsarbeiter zu gründen, wurde von den Deutschen geltend gemacht, dass in erster Linie die Arbeiter gewerkschaftlich organisiert werden müssten, bevor sie ins Ausland gehen.

Ueber die Jugendbewegung in der Bekleidungsindustrie sprach Thierfelder - Berlin vom Bekleidungsarbeiter-Verband. Er machte darauf aufmerksam, dass im Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verband bereits in 50 Jugendabteilungen 6 028 Mitglieder erfasst seien. Das weibliche Element sei in diesen Gruppen mit 3 318 Jugendlichen vertreten. Der Zweck dieser Jugendabteilungen sei die Wahrnehmung wirtschaftlicher und geistiger Belange der jugendlichen Mitglieder und Lehrlinge, Schutz vor Ausbeutung und unwürdiger Behandlung, Erziehung im gewerkschaftlichen Geist, Belehrung in beruflichen und sozialen Fragen. Das gelte tüchtige Berufsmenschen und Gewerkschafter heranzuziehen. Thierfelder betonte: Wenn die Jugendbewegung des Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verbandes einmal in den übrigen der Internationale angeschlossenen Landesverbänden tatkräftige Nachlieferung findet, dann können wir bald auch eine Internationale der Bekleidungsarbeiterjugend schaffen.

Die technische Umwälzung in der Bekleidungsindustrie, die die Produktionsmethoden scharf vereinheitlichte, gab dem Kongress Veranlassung, in einer besonderen Entschliessung zu empfehlen, aus den laufenden Beiträgen eine finanzielle Rücklage zu schaffen, mit deren Hilfe eine Informationsreise nach den Vereinigten Staaten zu finanzieren sei. Neben der Erforschung der amerikanischen Produktions- und Arbeitsmethoden soll die Studienreise auch der Festigung der Verbindungen zwischen der Bekleidungsarbeiterschaft der Vereinigten Staaten und Europas dienen.

Der bisherige Sekretär des internationalen Büros van der Heeg-Holland wurde vom Kongress einstimmig wiedergewählt. Das neue Internationale Büro setzt sich zusammen aus: Plett-Deutschland, Bowles-England, Andersen-Dänemark, Ringebach-Frankreich, und Folber-Tschechoslowakei. Der in den Ruhestand getretene bisherige Vorsitzende des internationalen Büros Stühmer-Berlin, für dessen Arbeit der Kongress herzlich dankte, wurde beauftragt, eine Geschichte der Internationalen Bekleidungsarbeiterförderung zu schreiben. Der nächste Kongress

der Bekleidungsarbeiter-Internationale soll 1933 in London stattfinden. Man hofft, dass sich alsdann auch die amerikanischen Bekleidungsarbeiter auf dem Kongress vertreten lassen werden.

SPD. Der Verbandstag der freigewerkschaftlichen Textilarbeiter in Stuttgart zählt 230 Teilnehmer. Von den 199 Delegierten besteht der übergrosse Teil aus Textilarbeitern, die im Betrieb tätig sind; unter ihnen befinden sich 24 Frauen.

Ueber die Ausgestaltung der Verbandszeitung sprach Redakteur Dressel-Berlin. Die Gewerkschaftspresse im allgemeinen und die Textilarbeiterpresse hätten in den letzten Jahren ein völlig anderes Gesicht erhalten. Der grössere Aufgabenkreis der Gewerkschaften habe die Verbandsblätter zur Umstellung gezwungen. "Der Textilarbeiter" habe als erstes Gewerkschaftsblatt mit dem Abdruck von Romanen begonnen. Diese Erweiterung der Verbandszeitung sei nicht nur von den Mitgliedern beifällig aufgenommen, sondern auch von anderen Gewerkschaftsblättern bereits nachgeahmt worden. Man habe eine enge Verbindung zwischen dem Fachblatt und der Familie geschaffen. Bilder, Zeichnungen und graphische Darstellungen würden im "Textilarbeiter" weitgehend verwendet. Die Mitgliedschaft begrüesse das.

Der AGDB-Sekretär Knoll-Berlin ging in der Aussprache auf die Arbeitsmarktkrise und die Besprechungen der Gewerkschaften mit den Unternehmern ein. Die Gewerkschaft, betonte Knoll, könne die Rationalisierung nicht verhindern, sie könne auch kaum ihren Gang bestimmen. Mit Sympathie und Antipathie liessen sich Wirtschaftsfragen nicht lösen. In den Besprechungen der Spitzen hätten die Unternehmer das Zugeständnis gemacht, dass an den Grundtendenzen der Sozialversicherung nicht gerüttelt werden dürfe.

Die Debatte stand auf einem ausserordentlich hohen Niveau. Die Tätigkeit des Vorstandes wurde kaum kritisiert. Die zwei anwesenden kommunistischen Delegierten schlugen einen auffallend zahmen Ton an. Aus der Debatte leuchtete immer wieder das in vielen Bezirken auch heute noch erschütternde Weberelend auf. Dieses Elend brachte eine 59-jährige Weberin in einem Schreiben zum Verbandstag in folgendem Vers zum Ausdruck:

Web' 40 Jahre ohne Rast,
Tuche aus Woll' und Seide,
Für Särg und Totenkleider.
Sonnabend stets - müd' sind die Hände,
Jahraus, jahrein mein Wochenende.-

SPD. Der Berliner Verbandstag der Musiker nahm am Mittwoch nach der Entgegennahme zweier instruktiver Referate über Steuer- und Arbeitsrechts-Fragen, die von Professor Dr. Dersch und Dr. Pottoff gehalten wurden, gründlich zur Nachwuchs- und Orchesterschulfrage Stellung. Der Kunstwart des Verbandes, Jahn, gab einen Ueberblick über die Bemühungen des Verbandes, die Lehrlingszüchtereien und die sogenannten Stadtpeifereien zu unterbinden. Diese Lehrlingszüchtereien sei heute schlimmer als je. Die Behörden könnten ihr nicht recht beikommen, weil die Lehrlingshöllen als gewerbliche Unternehmungen der Gewerbeaufsicht unterstellt seien, diese aber die Zustände nicht richtig beurteilen könne. Notwendig sei daher eine Aenderung der Gewerbeordnung, wonach jede Ausbildung Jugendlicher in der Musik als Unterricht aufzufassen und dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zu unterstellen sei. Ein entsprechender Antrag liege bereits dem Reichstag vor, und eine Aussprache mit den sozialdemokratischen Mitgliedern des Sozialpolitischen Ausschusses lasse hoffen, dass diese notwendige Gesetzesänderung bald komme.

In der Orchesterschulfrage stand der Verbandstag vor einer schweren Entscheidung. Er kann infolge der Belastung durch die Arbeitslosigkeit die Berliner

Orchesterschule, deren Vorklassen von ihm restlos finanziert wurden, unmöglich weiter im bisherigen Umfang unterstützen. Er fasste daher folgenden Beschluss: "Der Verbandsvorstand wird beauftragt, wegen des Neuabschlusses eines Vertrages zwischen der Hochschule für Musik in Charlottenburg und dem Deutschen Musikerverband mit der Direktion der Hochschule und dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Verbindung zu treten. Der neue Vertrag soll die finanzielle Entlastung des Verbandes und die Stärkung seines Einflusses auf die Orchesterschule gewährleisten."

SPD. Mit dem Notopfer sollen, wie jetzt bekannt wird, auch die Angestellten in der öffentlichen Verwaltung belastet werden. Dazu wird uns vom Zentralverband der Angestellten geschrieben:

"Die Angestellten der öffentlichen Verwaltung haben im Gegensatz zu den Beamten zu fast allen Zweigen der Sozialversicherung bereits Beiträge zu zahlen: zur Kranken-, Angestellten und zur Arbeitslosenversicherung. Das Notopfer sollte doch in erster Linie ein Beitrag der Bevölkerungskreise sein, die bisher zur Arbeitslosenversicherung nichts beitrugen. Die Behördenangestellten tragen zu dieser Last bereits bei. Man verlangt also von ihnen eine doppelte Zahlung. Angestellte, die stets gekündigt werden können, sollen stärker als alle anderen Bevölkerungskreise Abgaben leisten. Höher gehts wirklich nicht mehr, Herr Reichsfinanzminister!"

Die Zuschrift weist mit besonderem Nachdruck auf die unsichere Existenz der Angestellten in der öffentlichen Verwaltung hin. Arbeitsverhältnisse würden von 3 zu 3 Monaten abgeschlossen, Fälle, in denen Angestellte seit 1926 18 Kündigungen über sich ergehen lassen mussten, seien keine Seltenheit, -

Die Deckungspläne des Kabinetts Brüning strotzen, wie man sieht, von Ungeheuerlichkeiten. Das deutsche Volk müsste eine Hammelherde sein, wenn es sich diese Ungeheuerlichkeiten und Ungerechtigkeiten gefallen liesse.

SPD. Im Mansfelder Aussperrungsgebiet bemühen sich die kommunistischen Provokateure und die ins Kampfgebiet entsandten Landjäger, sich gegenseitig wild zu machen. Die Kommunisten arbeiten planmässig darauf hin, Zwischenfälle und Unruhen heraufzubeschwören. Ohne Krawall und Blutvergiessen können sie nicht leben. Die Landjäger sind nervös und hauen stellenweise ohne irgendwelche Warnung bei Ansammlungen wahllos drauflos.

Die verantwortlichen Behörden tun gut daran, wenn sie rechtzeitig dafür sorgen, dass alle übermühten Schutzorgane aus dem Revier entfernt werden. Die kommunale Polizei hat sich bisher durchaus korrekt verhalten. Warum können das nicht auch die Landjäger? Psychologisch im höchsten Grade ungeschickt ist es, einen Teil der Landjäger ausgerechnet in Gebäuden der Mansfeld A.G. unterzubringen und dort aus der Angestelltenküche zu speisen. Die Behörden und ihre Organe müssen auch den Schein von Parteilichkeit vermeiden. "eschieht das nicht, dann kann es in Mansfeld kritisch werden."

SPD. Im elsässischen Kalibergbau haben die Kommunisten, weil ein von ihnen gestelltes Lohnultimatum abgelehnt worden war, den Generalstreik proklamiert. Der Erfolg dieser Proklamation ist nicht berühmt. Auf der Grube St. Therese haben nur 40% der Belegschaft und auf den staatlichen Gruben 45% der Streikparole Folge geleistet.

Ein Blick auf den Lebensmittelmarkt.

SPD. Der 21. Juni steht erst bevor und doch hat die letzte Zeit ein so ausgesprochen sommerliches Wetter gebracht, dass eine ganze Reihe von Lebensmitteln, die sich an heißen Tagen bei den Konsumenten geringer Beliebtheit erfreuen viel früher als in Jahren mit normaler Witterung stark in den Hintergrund des Interesses gedrängt wurden. Hierzu gehört in erster Linie auch das Mehl. Da man auf der anderen Seite die Preise für Roggen und Weizen, durch künstliche Eingriffe mit aller Macht nach oben zu "stützen" sucht, haben sich ganz eigentliche Verhältnisse herausgebildet.

Will man die Situation auf eine Formel bringen, so kann man nur sagen, dass die gegenwärtigen Absatzmöglichkeiten für Weizen- und Roggenmehl die zur Zeit notierten Brotgetreidepreise durchaus nicht rechtfertigen. Weder zeigen die Mühlen besondere Geneigtheit, Korn einzukaufen, noch sind die Händler bereit, Mehl-lieferungs-Kontrakte über den laufenden Tagesbedarf hinaus mit den Mühlen abzuschliessen. Das Geschäft in Erbsenlieferungen konnte sich, ganz im Gegensatz zu früheren Jahren, bisher noch nicht entwickeln und alle Interessenten-Gruppen bleiben mit Gewehr bei Fuss stehen; sie verharren börsenmässig ausgedrückt, in "abwartender Haltung".

Auch die Märkte der übrigen Mühlenfabrikate blieben leblos. Eine Ausnahme machte das Geschäft in Griess, der als Rohmaterial für Klöße und Puddings ein ausgesprochener Sommerartikel ist und seine hauptsächlichste Absatzzeit findet, wenn frisches Obst, vor allem Beerenobst, auf den Markt kommt. Die Griesspreise sind von dem Mühlenkartell zur Zeit der letzten Zollerhöhungen entsprechend heraufgesetzt worden, blieben aber seither unverändert.

Alle anderen einschlägigen Artikel, also Graupen, Haferfabrikate, dergleichen Teigwaren aller Art spielen zur Zeit eine untergeordnete Rolle. Das gleiche gilt von den Hülsenfrüchten, von denen allerdings noch immer Erbsen aus alter Ernte, die sich rechtzeitig nicht unterbringen liesse, zu billigen Preisen angeboten werden, - ohne Käufer zu finden. Um so eifriger beginnt man sich mit den Aussichten der neuen Ernte zu befassen. Ueber mittel- und norddeutsche Erbsen liegen allerdings einstweilen noch keine Meldungen vor. Dagegen verlautet aus allen Balkanländern, dass die Aussichten der dortigen Bohnenernte recht günstige Beurteilung finden. Hinsichtlich der Linsen, deren Hauptlieferant Russland ist, wird berichtet, dass in diesem Jahre der dortige Anbau starke Einschränkungen erfahren habe. Solche Meldungen sind freilich nicht immer ganz zuverlässig.

Ein recht flottes Geschäft konnte sich in Reis entwickeln, da der Konsum dieses leichtverdaulichen Nahrungsmittels im Sommer stets steigt. Bevorzugt wird jetzt Ware italienischer Herkunft. Die Italiener haben in den letzten Jahren ihre Reiskulturen in der Po-Ebene sehr ausgedehnt und sind in der Lage, eine vorzügliche, gut standardisierte Ware zu liefern. Die Preise waren bis vor kurzem noch recht niedrig. Erst jetzt sind die Forderungen der italienischen Exporteure, entsprechend der steigenden Welttendenz, etwas erhöht worden. Sehr feste Stimmung wird aus Amerika gemeldet. Jede Ladung, die von drüben eintrifft, ist sofort ausverkauft. Auch die asiatischen Ablader halten auf feste Preistendenz. Ueber den Einfluss, den die politischen Wirren in Indien auf den Markt noch ausüben können, scheint man sich nicht ganz im klaren zu sein. Irgendwie nennenswerte Störungen in den Lieferungen waren aber bisher kaum festzustellen.

Der Zuckermarkt ist in den letzten heissen Tagen lebhafter geworden. Der Konsum griff stärker ein, sodass grössere Abschlüsse zu stande kamen. Die sommerliche Belegung hat einen Tendenzumschwung aber noch nicht gebracht. Im Grunde ist die Tendenz weiter recht schwach, da nach dem bisherigen Stande der europäischen Rübenfelder wieder eine ausgezeichnete Ernte erwartet werden darf. Recht ruhig war auch die Stimmung am Kaffeemarkt. Der Inlandskonsum entsprach nicht ganz den Erwartungen. Es scheint, dass der starke Verbrauch an Fruchtsäften und anderen kühlen Getränken dem Kaffee eine empfindliche Konkurrenz bereitet. Die Lage an den Weltmärkten, hauptsächlich in Brasilien, ist völlig ungeklärt. Niemand vermag zu sagen, wie sich die Verhältnisse im Staate Sao Paulo entwickeln werden, wenn erst ab 1. Juli die scharfen Bestimmungen in Kraft treten, welche das internationale Finanzkapital an die Gewährung der letzten Kaffeeanleihe geknüpft hat. Ueberraschungen sind keineswegs ausgeschlossen.

An den Fettmärkten ist in der Hitzeperiode die Nachfrage nach Butter etwas zurückgegangen. Aber auch die Produktion musste eingeschränkt werden, weil der Bedarf an frischer Milch stark gestiegen ist. Namentlich die in der Nähe der Grosstädte und Industriebezirke gelegenen Molkereien hatten gute Absatzmöglichkeiten, sodass sie die Verbutterung einschränkten. Da auch das Ausland festere Preise meldete, sind trotz des geringen Bedarfs die Butternotierungen in der letzten Zeit heraufgesetzt worden. Ausserordentlich billig wurde Schmalz angeboten. Der derzeitige Preis dürfte der niedrigste seit Kriegsende sein, und demzufolge macht sich trotz der Hitze noch immer ein leidlicher Bedarf geltend. Preiswert ist auch Olivenöl in der letzten Zeit von Italien angeboten worden. Die Italiener legen auch bei diesem Artikel den grössten Wert darauf, möglichst umfangreiche Geschäfte mit ihren deutschen Kunden abzuschliessen. In der jetzigen Salatzeit war das Geschäft in Speiseölen recht lebhaft.

SPD. Ueber die Vermehrung des industriellen Reichtums und das schnelle Konzentrationstempo im kapitalistischen Deutschland während der Jahre 1926 bis 1929 ist von der Bank für deutsche Industrie-Obligationen sehr wertvolles Material veröffentlicht worden. Die Bank für Industrie-Obligationen hatte unter dem Dawesplan die Aufgabe, die Industriebelastung im Betrage von insgesamt 5 Milliarden und von jährlich 300 Millionen auf die deutschen Industrie-, Bank-, Verkehrs- und Handelsbetriebe sowie die öffentlichen Betriebe (ohne Reichsbahn und ohne die gesamte Landwirtschaft) umzulegen, die Industriebelastung einzuziehen und über den Reparationsagenten an die Reparationsgläubiger weiterzuleiten. Bei dieser Arbeit ergaben sich tiefe und zum Teil neuartige Einblicke in die Entwicklung der deutschen Wirtschaft, die jetzt für die Jahre 1926 bis 1929 von der Bank der Oeffentlichkeit übergeben worden sind. Aufbringungspflichtig waren sämtliche Betriebe (ohne Landwirtschaft und Reichsbahn) mit einem Betriebsvermögen von mehr als 20 000 Mark.

Von 1926 bis 1929 ist die Zahl der erfassten Betriebe mit über 20 000 Mark Betriebsvermögen von 187 420 auf 208 751 oder um mehr als 10% gestiegen. Sehr bemerkenswert ist die Tatsache, dass von 1926 bis 1928 ein Rückgang um rund 1500 Betriebe zu verzeichnen war, was zweifellos mit der Konzentrations- und Rationalisierungsbewegung zusammenhängt. Die starke Steigerung im Jahre 1929 ist freilich auch dadurch zu erklären, dass man das erfasste Grundvermögen nach einem höheren Einheitswert als früher veranlagte.

Noch stärker als die Zahl ist das Vermögen der erfassten Betriebe gestiegen, was einen wichtigen Einblick in den trotz der steigenden Reparationslast wachsenden Reichtum der deutschen Industrie erlaubt. Von 1926 bis 1928 ist das zur Aufbringung herangezogene Vermögen von 40,7 auf 42,7 und bis 1929 sogar auf 48,7 Milliarden Mark gestiegen, sodass in dem einen Jahr 1927 eine Reichtumsvermehrung von fast 15% festzustellen ist. Diese Reichtumsvermehrung betrifft auch den Durchschnitt der Betriebe: auf den einzelnen erfassten Betrieb kamen 1926= 217 000 Mark, 1929 aber 233 000 Mark. Der Löwenanteil des industriellen

Reichtums bezw. des erfassten Betriebsvermögens liegt natürlich in der eigentlichen Industrie mit 66,7% d.h. bei Bergbau verarbeitender Industrie, Handwerk und Baugewerbe, Bemerkenswert aber ist, dass der Anteil der Banken und Versicherungsunternehmen in den drei Jahren bis 1929 von 6,4 auf 8,2% gestiegen, während der Anteil der Industrie von 69,0 auf 66,7% gesunken ist; ein Beweis für die grosse Substanzvermehrung, die bei Banken und Versicherungsunternehmen in dieser Zeit eingetreten ist.

Recht interessant ist auch die Frage, wie stark Aktiengesellschaften und sogenannte Personalunternehmungen der Zahl und dem Werte nach an der Aufbringung beteiligt waren. Auf die Aktiengesellschaften entfielen im Jahre 1929 der Betriebszahl nach nur 4,3%, dem Betriebsvermögen aber nicht weniger als 45,4%. Auf die Personalunternehmungen (also nicht Aktiengesellschaften oder G.m.b.H.'s) kamen der Betriebszahl nach nicht weniger als 82,0%, dem Betriebsvermögen nach aber nur 35,3%!

Die kleinste Zahl, aber die riesenhaftesten Vermögen stellen die Grossbetriebe mit einem Betriebsvermögen von über 5 Millionen Mark. Es sind nur 0,5% der Betriebe, also nur 1/200 der Gesamtzahl, die ein Vermögen von über 5 Millionen Mark haben, aber auf dieses halbe Prozent kam ein Betriebsvermögen von 19,8 Milliarden oder rund 45% jener 48,7 Milliarden, die insgesamt erfasst wurden. Das Betriebsvermögen der Betriebe mit mehr als 5 Millionen Mark ist gleichzeitig von 1926 bis 1929 von 15,3 auf 19,7 Milliarden gestiegen, so dass von der Reichstumsvermehrung seit 1926 mehr als 50% auf dieses halbe Prozent der insgesamt erfassten Betriebe entfallen.

SPD. Der Jahresbericht der Bergbau A.G. Lothringen für das Jahr 1929 ist ein neuer Beweis dafür, dass das vergangene Jahr für den Steinkohlenbergbau ein Gewinnjahr erster Ordnung war. Die Bergbau A.G. Lothringen hat, weil das Kapital in der Goldbilanz zu hoch angesetzt wurde, das Stammkapital von 80 auf 50 Millionen herabgesetzt. Die dabei erzielten Buchgewinne wurden zur Erhöhung des Reservefonds und zu Abschreibungen auf Anlagen und Beteiligungen verwandt. Nach dieser finanziellen Rationalisierung konnten im Jahre 1929 aber so günstige Erfolge erzielt werden, dass sich mit einer Dividende von 3% die bisherigen Verlustbilanzen in eine Gewinnbilanz umwandeln konnten. Aus laufenden Gewinnen hat man ausserdem die Anlagen viel stärker ausgebaut, als es die 670 000 Mark Neuzugang erkennen lassen. Noch am Jahresschluss, als sich Absatzrückgang und Feierschichten schon bemerkbar machten, war die Belegschaft mit 10 500 Mann noch um 500 Mann grösser als am Ende des Vorjahrs. Die Förderleistung wurde erheblich gesteigert. Trotz der grossen Gewinne konnten die Schulden um 1 Million auf 13,1 Millionen gesenkt werden. Gleichzeitig wurden auch die langfristigen Verpflichtungen um 1 Million auf 19,2 Millionen verringert, was den laufenden Zinsaufwand von 2,95 auf 2,56 Millionen herabdrückte. Die Kohlenförderung stieg von 2,28 auf 2,60 Millionen Tonnen, die Briketterzeugung vermehrte sich sogar um rund 50%, nämlich von 88 800 auf 132 150 Tonnen.

SPD. Die Reichsfinanzen haben sich im Monat April günstig entwickelt; dabei ist freilich zu beachten, dass der April als wichtiger Steuertermin immer grössere Einnahmen bringt. Im ordentlichen Etat standen Einnahmen von 828,7 Ausgaben von 712,8 Millionen gegenüber, so dass sich eine Mehreinnahme von 115,9 Millionen ergab. Im ausserordentlichen Etat betragen die Einnahmen 195,3 Millionen, die Ausgaben 18,0 Millionen, so dass eine Mehreinnahme von 177,3 Millionen vorliegt. Der vorjährige Fehlbetrag im ordentlichen Haushalt von 465,0 Millionen verringert sich demnach auf 349,1 Millionen. Im ausserordentlichen Etat verringert sich der Fehlbetrag von 771,7 auf 594,4 Millionen. Die schwebende Schuld hat sich von Ende März auf Ende April von 1938,4 auf 1541,4 Millionen gesenkt.

Ruhiges Geschäft.

(Berliner Getreidébörse vom 18. Juni)

SPD. Die Berliner Produktenbörse vom Mittwoch hatte bei stetiger Grundtendenz sehr ruhigen Verkehr. Die Lage an den ausländischen Weizenmärkten ist sehr wenig klar. Aus Liverpool lagen wieder flaue Meldungen vor. Deshalb herrschte auch an der Berliner Börse im Weizenhandel grössere Zurückhaltung. Gleichzeitig war das Angebot in alter und neuer Ware nicht gross. Die teilweise erhöhten Forderungen liessen sich nicht durchsetzen. Roggen in alter Ware war reichlich, in neuer nur spärlich angeboten. Infolge des ungünstigen Wasserstandes der Flüsse und der hierdurch bedingten höheren Frachten befestigten sich die Preise. Am Lieferungsmarkte waren die Herbstsichten für Weizen fester; Roggen war nur wenig verändert. Der Mehlmarkt blieb weiter sehr ruhig. Die Haferpreise wurden gut gehalten.

	17. Juni (ab märkische Station in Mark)	18. Juni
Weizen	-	-
Roggen	172 - 177	172 - 177
Braugerste	-	-
Futter- und Industrierogerste	167 - 182	167 - 182
Hafer	151 - 164	153 - 164
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	34,00 - 42,25	34,00 - 42,25
Roggenmehl	21,10 - 24,25	21,25 - 24,25
Weizenkleie	7,60 - 8,10	7,60 - 8,10
Roggenkleie	7,75 - 8,00	7,75 - 8,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 298 $\frac{1}{2}$ -298 (Vortag:299) September 263 (261), Oktober 264 (261 $\frac{1}{2}$), Roggen Juli 174-173 (173 $\frac{1}{2}$), September 177-76 $\frac{1}{2}$ (176 $\frac{1}{2}$), Oktober 177 $\frac{1}{2}$ -178-177 $\frac{1}{2}$ (178 $\frac{1}{2}$), Hafer Juli 170 $\frac{1}{2}$ -168 $\frac{1}{2}$ und Brief (171), September 174-170 $\frac{1}{2}$ (174), Oktober 175-172 Brief (-).

SPD. Die Auflegung der Reparationsanleihe war in Holland ein Misserfolg. Von den aufgelegten 73 Millionen Gulden wurden zunächst nur 40% gezeichnet. Dieser bisher einzige Misserfolg der Reparationsanleihe scheint besondere Gründe zu haben. 73 Millionen Gulden waren für das kleine Holland, dessen Kapitalmarkt immer sehr stark in Anspruch genommen worden ist, ausserordentlich viel. Sodann sind die Holländer die wichtigsten Welthändler in Kolonialprodukten; der Sturz der Kolonialpreise hat bei diesen sehr kapitalkräftigen Grosshändlern zur Zurückhaltung in der Kapitalanlage geführt. Endlich hatte die Amsterdamer Börse gerade am Zeichnungstage im Zusammenhang mit dem New Yorker Krach starke Kurs-einbussen erlitten, so dass die Zeichner auch dadurch abgeschreckt wurden. Es wird jedoch erwartet, dass die Restsummen in den nächsten Tagen noch untergebracht werden können.

SPD. Ein Wettrennen auf Leben und Tod veranstalteten etwa 30 Ozeanschiffe um noch in der Nacht zum 18. Juni den New Yorker Hafen zu erreichen. Zu Mitternacht trat nämlich der von Hoover überraschend schnell unterzeichnete neue Zolltarif in Kraft, der für viele auf den Schiffen verladene Waren erheblich höhere Zölle gebracht hätte. 22 von diesen Schiffen ist die Jagd gelungen. Die Einnahmen der New Yorker Zollstation haben alle früheren Rekorde geschlagen. Alle Docks waren mit Waren überfüllt.

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S P D

Berlin, den 18. Juni 1930

Der Herr Explicator.^x

SPD. Der Herr Explicator ist ein altes, runzliges Männlein, seines Zeichens früherer Oberkellner in einem Münchener Theatercafé, der eine würdige Mütze trägt, auf der in grossen, schönen Buchstaben das lateinische Wort "Explicator" steht. Dieses eine Wort verleiht ihm Charakter und Bedeutung. Was wäre er ohne diese Amtsbezeichnung? Einer von vielen; ein zum alten Eisen geworfener alter Kellner, Ein vom Leben ausrangierter Angestellter, Bestenfalls ein von seinen Enkeln auf Gnade und Ungnade geduldeter Auszügler. In jedem Falle aber ein Nichtstuer, der für garnichts mehr gut ist.

So aber ist er etwas. Die ganze Hungerburg wäre nichts ohne ihn, Erst durch ihn bekommt die Stadt Innsbruck Bedeutung, Sinn und Schönheit.

"Also da schauen's, meine Herrschaften! Zuerst einmal ins Tal herunter!.. Zu Ihren Füssen des Oberinntal, der Calvarienberg, weiter nach rechts die Hofburg, der Hofgarten mit dem Leopoldbrunnen und die Silberkapelle, Es ist ratsam, einen Rundgang durch diese vorzunehmen. Aber da ist nichts zu machen heute! Da müssen wir also weitergehen. Dort drüben sehen Sie die Wallfahrtskirche, das "Heilige Wasser". Natürlich, da steht auch gleich ein Wirtshaus daneben. Und nicht weit davon die Kaiser Franz Josef-Schutzhütte, und da ist halt schon wieder ein Wirtshaus. Und auch beim "goldenen Dachl" daneben, da ist eine Wirtschaft, da gibt's einen guten Tropfen. Also, da will ich Ihnen einmal die Geschichte vom goldnen Dachl darlegen. Da war nämlich der Erzherzog Friedrich mit der leeren Taschn, Statthalter von Tirol, so vor 270 Jahren. Der hatte gar kein Geld, so wie ich, Und liess er das Dachl von seinem Haus vergolden. Da bekam er wieder a Göld: denn nun hatte er Kredit.

Und nun wenden Sie den Blick gefälligst dort hinüber, bittschön! Was sehen wir da? Wir sehen das Schloss des Erzherzogs Ferdinand, in welchem Seine Durchlaucht mit der geliebten Augsburgerin in seiner morganatischen Ehe lebte, Dieses Schloss bezog später unser ermodeter Erzherzog Ferdinand von Este. Aber dieser - Gott sei ihm gnädig - hat eine grosse Ungeschicklichkeit begangen, indem dass er nämlich alle Schätze des Schlosses verpackt und nach Böhmen gesandt hatte, Und von die Lausbrüder kriegen wir nichts wieder raus, versteht sich.

Da schau'n'S das Brandjoch, die Sattelspitzn, das Stubaital mit dem Serles, den Habicht, den Lansersee und in den Wolken die Brenneralpen. Aber die können Sie heute nicht sehen. Und dort links die alte Salinenstadt Hall. Hier hat Andreas Hofer, ehe er von dem historischen Iselberge seine Felsen und andre Gegenstände auf das napoleonische Heer donnern liess, 1809 seine Silbertaler gemünzt, wovon Sie einige Stücke im Museum zu Innsbruck sehen können. Aber da ist heute nichts zu machen. Wir befinden uns nämlich hier auf der Hungerburg. So geheissen, weil ein Gastwirt - ein ganz Gescherter, ein ganz ausgeschamter Laki - hier vor 70 Jahren unsren einheimischen Dichter Karl Ludwig Biegler hat hungern lassen. Also heisst das ganze Plateau mit seinen schönen Anlagen heute die Hungerburg. Da war die Rache des Dichters.

Also jetzt schauen'S da links hinauf! Dort sehen Sie den gezackten Felsen, der die Frau Hitt heisst, welche ein Edelfräulein gewesen ist, aber kein Herz für die arme Bettlerin gehabt hat, weshalb sie mitsamt ihrem Jagdrosse von einem Blitz zu kaltem Stein umgewandelt wurde. Da sitzt sie!

Und nun werfen Sie einen Blick auf die Martinswand! Also jetzt will ich

Ihnen die Geschichte davon erzählen. Da war der Kaiser Maximilian vor 450 Jahren; das ist eine lange Zeit. Der Kaiser Maximilian war ein ganz passionierter Gamsenjäger, wenn man den hohen Herrn so nennen darf. Und eines Tages verstieg sich der Herr; das war gerade oberhalb der jäh abfallenden Wand, und da konnte er nicht vorwärts und nicht rückwärts. Alle Jäger wurden aufgeboten, geübteste Kletterer - vergebens. Ein Priester reichte von der Höhe bei Oberzirl die Sterbesakramente. Aber da wurde der Kaiser gerettet. Wir haben eine Version, die besagt, dass es drei Engel gewesen sind, die dem Kaiser in seiner Not den Weg herab zeigten. So kann es schon gewesen sein. Aber wir Tiroler glauben, dass es drei Mannl waren, von Fleisch und Blut, echte Innsbrucker Holzknechte, verfluchtige, ganz kriminalische Kerle. Die sagten: Wir werden den Kaiser herunterwazzeln. Wir tun ein grosses Werk, kriegen eine fürstliche Belohnung, und die Blamasch von den Jägern ist nicht klein! Also taten sie's. Und die fürstliche Belohnung erhielten sie auch. Bei dieser fürstlichen Zuteilung aber war ich leider nicht zugegen. Und deshalb bin ich leer ausgegangen, was ich freundlichst zu berücksichtigen bitte. Aber wäre ich dabei gewesen, dann wäre ich heute schon lange tot, und es gäbe keinen Explicator, meine Herrschaften. Womit ich mich besten empfehle als Ihr gehorsamster Diener."

Wer Innsbruck bereist, vergesse nicht, den Herrn Explicator aufzusuchen. Mit der Drahtseilbahn fährt man in fünf Minuten nach der Hungerburg hinauf. Die Geschichte vom Kaiser ist sein Prachtstück. Sie sorgt dafür, dass seine Kehle nicht austrocknet.

Walter Meckauer.

Panzerkreuzer "Potemkin".^x

SPD. Ein Geschehnis, durch das Meisterwerk des russischen Films den Herzen aller Fühlenden nahegebracht, jährt sich zum fünfundzwanzigsten Male in diesen Tagen: Der Matrosenaufbruch an Bord des kaiserlich russischen Schlachtschiffes "Knjaz Potemkin". Seither hat der Tonfilm seinen Siegeszug angetreten, der jedem Film die ihm entsprechende Musik von vornherein zuordnet. Lockt es da nicht, aus alten Archiven jene Musik zu neuem Leben zu erwecken, mit der eine geängstigte Bürgerwelt im Jahre 1905 die beispiellosen Ereignisse im Schwarzen Meere begleitete, wo ein blutigrotes Wetterleuchten der Revolution die Ordnung des Blutes und der Despotie zu furchtbarer Klarheit erhellte? Eine solche synchronisierte, das heisst: von der Zeit selbst zugeordnete Begleitmusik zu den Begebnissen im Schwarzen Meere ertönt, wenn wir den verstaubten Jahrgang 1905 des "Sprachrohres des Bürgertums der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie", der "Neuen Freien Presse", aufschlagen und die sich widerspruchsvoll überstürzenden Nachrichten und die bald langatmig-fassungslosen, bald asthmatisch-triumphierenden Sätze lesen, mit denen der journalistische Vertreter der Grossbourgeoisie die Taten der Matrosen des "Potemkin" kommentierte. Wir sehen Agence Havas, Reuter, Agenzia Stefani, den Herausgeber der "Neuen Freien Presse" und viele andre zu einem vollkommenen Orchester der Lüge und Verleumdung vereinigt.

Die Druckerschwärze will schier erblassen, als die "N.Fr.Pr." am 28. Juni 1905 von der Machtergreifung durch die aufrührerischen Matrosen berichten muss. Man kann den Eindruck nicht loswerden, als fühlte sich der Chefredakteur persönlich für die fünfzehn englischen Getreideschiffe verantwortlich, die die aufrührerischen Matrosen in Brand zu setzen angeblich geschworen haben. Schreckensmeldungen aus West und Ost über den blutigierigen Vandalismus der Aufrührer vertragen sich schlecht mit dem bescheidenen Privatteleogramm, das die "N.Fr.Pr." in unscheinbaren Lettern abdruckt:

Berlin, 30. Juni. -- Das Getreidegeschäft hat zwar völlig aufgehört, aber gleichzeitig wird betont, dass alles in Sicherheit sei und keine weitere Gefahr vorliegt.

Schon am 29. Juni hat Petersburg der Welt verkündet: Vizeadmiral Krieger ist gestern Abend mit vier Linienschiffen in See gegangen. Er hat den Befehl, die Besatzung des "Potemkin" aufzufordern, sich zu ergeben, nötigenfalls das Schiff mit der meuternden Besatzung in Grund zu bohren". Und am 1. Juli 1905 ertönt Triumphgeschrei! Welch ein Labsal ist es doch, einen Leitartikel über die feigen Matrosen des "Potemkin" zu schreiben, die sich vermessen haben, gegen das Zarenreich aufzustehen, und die sich nun feige ergeben müssen: "Ohne Widerstand und bedingungslos hat sich die meuternde Besatzung des "Potemkin" gestern Abend ergeben. Es muss ein äusserst spannendes Schauspiel gewesen sein, als die sechs Panzerschiffe des Schwarzen Meer-Geschwaders in den Hafen von Odessa hereindampften und sich im Halbkreis schussbereit um den "Potemkin" aufstellten. Er hat es vorgezogen, vor der ungeheuren Ueberlegenheit der Panzer die rote Fahne der Revolution zu senken. Zum Todeskampf besass die Besatzung des "Potemkin", die ihre Offiziere ins Meer geworfen und in das wehrlose Odessa Bomben geschleudert hatte, den heroischen Mut nicht. Sie zog es vor, sich ohne Widerstand zu ergeben".

London, 2. Juli. -- Es ist nunmehr völlig sicher, dass die Mannschaft des "Kruzenshtern" sich dem Admiral Krieger ergeben hat.

Berlin, 2. Juli (Herold-Bureau). -- Aus Petersburg wird gemeldet: Die Matrosen des "Potemkin" wurden in Ketten gelegt und auf andre Schiffe überführt.

Agence Hayes, 2. Juli: Die Mannschaft des "Potemkin" gefangengenommen, ..

Agenzia Stefani, 2. Juli: Es wird versichert, dass ausser der meuternden Mannschaft auch das Revolutionskomitee verhaftet wurde, ..

Washington, 1. Juli: Die Besatzung des "Potemkin" ergab sich, ohne einen Kanonenschuss abzufeuern.

So viele Telegramme und jedes eine Lüge, die in unserm Falle freilich besonders kurze Beine hat. Denn schon am 3. Juli muss die "N. Fr. Pr." voll vererbissenen Zornes berichten: "...Diese Meldungen waren vollständig unrichtig. Es steht fest, dass Vizeadmiral Krieger nicht imstande war, die Meuterei zu überwältigen. Sie hat sich sogar ausgebreitet."

Admiral Krieger hat versagt und sich den unauslöschlichen Zorn der "N. Fr. Pr." und besonders ihres Herausgebers zugezogen. Da gibt er einem österreichischen Marinefachmann zum vernichtenden Urteil über Krieger das Wort. Ein gewisser Arthur Ritter von Raimann darf folgende Töne anschlagen: "...Nein, wir wussten in Oesterreich, dass in Russland vieles faul sei. Dass aber ein Admiral am Leben blieb, nachdem es ihm nicht gelungen war, so viel Autorität zu entwickeln, um ein meuterndes Schiff zu unterwerfen, das ist uns rätselhaft. Es hat und wird niemals in der K. K. Kriegsmarine einen Offizier geben, der nicht mehr Pflichtgefühl entwickelt hätte; das können wir auf Grund vierzigjähriger Erfahrung beschwören!"

Armer k. k. Marinefachmann! Wie grausam zerstörte der Weltkrieg dein k. k. Vertrauen auf Oesterreich-Ungarns Kriegsmarine!

Die Matrosen des "Potemkin" haben die "rote Fahne der Revolution" nicht feige gesenkt. Die Flotte des Zaren konnte ihnen nichts anhaben. Also, Lüge und Verleumdung, neu ans Werk! Hass und Verachtung der ganzen zivilisierten Welt muss ihnen zuteil werden. Das Abendblatt vom 7. Juli weiss zu melden: "Feodosia in Flammen! Der "Potemkin" hat die Stadt bombardiert und in Brand gesteckt. Hier auf begann eine schmachvolle Plünderung der Stadt. Bei diesen Meuterern ist der erste Gedanke: Plünderung! Das ist der innerste Kitzel, der sie bewegt, wenn sie die Sprache der russischen Freiheitsmänner im Munde führen. Mord, Brand und Plünderung!"

Doch ein grausames Geschick will es, dass schon das Abendblatt des nächsten Tages berichten muss: "Privattelegramme melden aus Feodosia, dass die Stadt völlig unversehrt ist. Der "Potemkin" hat Feodosia verlassen. Sein Aufenthalt ist

unbekannt."

Der Kampf der bürgerlichen Presse, hier in Gestalt eines angesehenen Blattes vorgeführt, gegen den Panzerkreuzer "Potemkin" musste schliesslich mit seiner Niederlage enden. Schon im Jahre 1905 wusste die bürgerliche Journalistik die Waffen der Lüge und Verleumdung wohl zu nützen. Sie hat ihr Arsenal seit her trefflich auszubauen verstanden.

Berliner Kunstwochen.

SPD. Aus Berlin wird uns geschrieben: Das Gesamtergebnis der drei von der zweiten Maihälfte bis Mitte Juni veranstalteten Berliner Kunstwochen ist nun doch wohl erfreulicher geworden, als ursprünglich angenommen werden konnte. Nicht nur wurde ein befriedigendes finanzielles Resultat erzielt, sondern es kam auch neben Veranstaltungen von überwiegend "gesellschaftlichen" Anstrich - Toscanini-Konzerte, Gastspiele des Mailänder Tenors Lauri Volpi, Kammermusikabende in der "Goldenen Galerie" des Charlottenburger Schlosses zum Einheitspreise von 30 Mark einschliesslich Teegedeck - in einigen Veranstaltungen ein begrüssenswertes volksbildendes Moment zur Geltung. In erster Linie ist hier das grosse Orchesterkonzert der beiden Staatsoperkapellen unter Leitung von Erich Kleiber mit klassischem Programm zu nennen, das am Pfingstmontagvormittag in der 8 000 bis 9 000 Zuhörer fassenden "Alten Autohalle" am Kaiserdamm zu einem Einheitspreise von 1 Mark stattfand. Veranstaltungen dieser Art wären für künftige Kunstwochen in noch grösserer Zahl - auch im Interesse des Fremdenverkehrs - zu wünschen. Eine gewisse einheitliche Note bekamen die Musikdarbietungen - es gab aber auch einige wertvolle Tanzgastspiele - durch einen Beethoven-Zyklus, in den neben Orchester- und Chorkonzerten und Kammermusikabenden auch eine unerhört glanzvolle Aufführung des "Fidelio" unter Furtwängler in der Städtischen Oper einbezogen wurde.

In den Theatern gab es anlässlich der Kunstwochen u.a. einige Klassiker-Aufführungen. Es war nur bedauerlich, dass diese Aufführungen naturgemäss infolge der sommerlichen Hitze nicht ganz die wünschenswerte Anteilnahme des Publikums fanden. Im Winterspielplan der Berliner Theater werden die Klassiker in der Regel ziemlich stiefmütterlich behandelt. Das Gastspiel von Elisabeth Bergner in der Hauptrolle von Shakespeares Lustspiel "Wie es euch gefällt" im "Theater in der Stresemannstrasse" zog natürlich, zumal da es nur auf vier Abende beschränkt war. Auch die Aufführung von Goethes "Iphigenie" in den "Kammerspielen" zog ihre stärkste Wirkung aus der wundervollen, an Feuerbachs Gemälde erinnernden Verkörperung der Titelrolle durch Helene Thimig. Im übrigen war diese Aufführung infolge von Fehlbesetzungen und von naturalistischer Zerrei- sung der schönen Verssprache etwas nüchtern. Freilich liegt uns heute auch gerade dieses Werk unter allen Goetheschen Dramen am fernsten. Ein künstlerischer Fehlschlag war leider die Aufführung von Shakespeares republikanischer Tragödie die "Julius Caesar" in der "Volksbühne". Von dem aktuellen Massenerleben, das der Dichter hier schildert, war nichts zu spüren. Die Darsteller deklamierten und brüllten, und einige Effekte der Regie (Karl Heinz Martin) - beispielsweise in der Szene von Caesars Ermordung - waren geradezu widersinnig. Auch der Ausklang der Tragödie blieb, zum Teil infolge zu reichlicher Streichungen, ganz flau.

Sehr amüsant war dagegen Jürgen Fehlings Wiederbelebung von Grabbes Lustspiel "Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung", dieser grotesken Parodie auf die Kitschdramatik und frechen Satire auf den Literaturbetrieb, im staatlichen Schillertheater. Die Anspielungen auf bestimmte Ereignisse und Gestalten der Zeitgeschichte waren - sicherlich ganz im Sinne des Dichters - durch zeitgemässere ersetzt worden. Die dramatische Entwicklung war szenisch sehr ge-

schickt veranschaulicht, und die Personen waren höchst lebendig charakterisiert. Welch ein Bühnentemperament, welcher einen schlagkräftigen Humor, welches ausgeprägte Gefühl für das Wesentliche dieser Grabbe hatte, merkt man erst so recht, wenn man vergleichsweise an die schwächlichen, heute schon halb vergessenen "Exzesse" der Arnold Bronnen und Konsorten denkt.

Im Staatlichen Schauspielhaus zeigte sich Jessner in seiner Inszenierung der deutschen Historie "Gustav Adolf" von Strindberg endlich einmal wieder auf der Höhe seiner gestaltenden Regiekunst. Stücke dieser Art, Volkstragödien im historischen Alfrescostil, haben ihm immer besonders gut gelegen. An dieser losen Bilderfolge wird uns so recht deutlich, welche grossartige Kunst der strengen dramatischen Komposition der vielverlästerte Schiller in seinem "Wallenstein" (auch einem Drama des "dreissigjährigen Krieges") bewährt. Was im "Wallenstein" berechtigt erscheint, das erweist sich im "Gustav Adolf" als dramatischer Mangel: das Fehlen der Gegenspieler aus dem feindlichen Heerlager und damit des dramatischen Konflikts, der der Handlung den Anstoss gibt. Trotzdem findet sich auch bei Strindberg eine Reihe von Szenen, in denen historisches Geschehen und Volksschicksal mit packender Eindringlichkeit wiedergegeben werden. Vor allem von nachhaltiger Wirkung ist die Leitidee, nach der die grobmaterialien Voraussetzungen und Triebkräfte des "Religionskrieges" aufgedeckt werden. Jessners Regiebegabung zeigte sich neben seiner ungewöhnlichen Kraft zur Herausarbeitung der szenischen Höhepunkte vor allem in seiner Fähigkeit, selbst kleinen Chargenrollen stärkstes Eigenleben zu geben.

Mehr als nur ein interessantes Experiment war auch die Aufführung des neuen Stückes "Heute Abend wird aus dem Stegreif gespielt" von Pirandello im Lessing-Theater. Es ist gewiss eine ausserordentlich fruchtbare Idee, die Handlung einer Novelle an einem Theaterabend aus dem Stegreif inszenieren und spielen und dadurch Wirklichkeit und künstlerische Scheinwelt ineinanderfließen zu lassen. Aber Pirandello zerstört selber die Illusion des Stegreifspiels dadurch, dass er den Wortlaut der Stegreifzutaten aufs genaueste vorschreibt. Ausserdem sind diese Zutaten so reichlich und langatmig, dass die eigentliche Handlung - das Alltagsschicksal einer sizilianischen Bürgerfamilie - nicht mehr klar verständlich wird. Diesen verfehlten Eindruck vermochte auch die Regie Gustav Hartung, so lebendige Ensemblewirkungen ihr immerhin gelangen, nicht zu beseitigen.

Ein völliger Fehlschlag war die Wiedergabe der Musiktragödie "Alkestis" und des mexikanischen Tanzschauspiels "Die Opferung des Gefangenen" von dem Schönberg-Schüler Egon Wellesz in der Städtischen Oper. Die Vertonung dieser beiden Werke ist ein Tönewirrwarr mit radikaler Abkehr von jeder melodischen Sinnlichkeit und ohne die geringste Spur eines musikalischen Schöpfertums. Die absolute Unsangbarkeit der Partien in der expressionistisch erkünstelten "Alkestis" bedeutet für den Zuhörer nichts als eine Nervenqual. Auch das tänzerische Element vermochte in dem zweiten Werke nicht zu fesseln, da es sich auf reine akrobatische Freiübungen beschränkte.

Unvergleichlich interessanter ist das kleine Drame mit Musik - eigentlich nur eine szenisch-musikalische Phantasie - "Die glückliche Hand", ein heute schon zwanzig Jahre altes Jugendwerk von Arnold Schönberg, das uns Otto Klemperer in der Staatsoper am Platz der Republik in einer meisterhaften Wiedergabe darbot. Wie in allen seinen Werken zeigt sich Schönberg auch hier als der Musiker, der wohl unter allen lebenden Tonsetzern über die erstaunlichste und vielfältigste Klangphantasie verfügt. Die kühne Harmonisierung und geistreiche musikalische Charakterisierung ist in unsrer Zeit einzigartig. Das Hauptgewicht liegt im Orchester, das von den originellsten, seltsamsten, sinnlich aufreizendsten instrumentalen Effekten verschwenderisch glitzert, sprüht, funkelt, flimmert. Der Einfallsreichtum und der Klangsinn des Komponisten werden besonders deutlich, wenn man sein Werk, wie es in dieser Aufführung geschah, zusammen mit den beiden französischen Einaktern "Der arme Matrose" von Darius Milhaud und "Spanische Stunde" von Maurice Ravel hört, die an Dürftigkeit der Erfindung

und Hässlichkeit der Klangeffekte ihresgleichen suchen.

Bz.

Saat und Ernte.^x

Das ist die Aussaat, Bauer, das ist des Kornes werden.
Weiss ist die Sonne oben, und hier sind schwarze Erden.

Das ist die Scholle, wo Pflugscharen Furchen liessen:
die Stunde wird erwachsen, da wird der Samen spriessen.

Und dies die Kunde, Bauer, will Frucht in Aehren kommen:
und wann die Ernte anbricht, das wird der andre Sommer.

Und dieses ist das Mädchen, Du magst es weise wägen:
Weib wird sie wunderbar sein - und wird ein Kindchen hegen.

So wird die Saat aufgehen und golden füllig kommen,
denn hier ist schwarzer Acker; und oben - weisse Sonne.

Jo Pieper.+

Attila, der Hunnenkönig.^x

SPD. Es war ein lauer Sommerabend. Ich schlenderte im Park umher und setzte mich schliesslich auf eine Bank. Die Sterne funkelten. Dicht neben mir sang eine Nachtigall die Weise von Liebe und Tod. Fern, irgendwo quakten Frösche.

Ich sass und lauschte. Da kam ein Mann des Weges. Sah mich an und lachte. Ich lachte ebenfalls und lud ihn ein, Platz zu nehmen. Der Mann nahm Platz. Dann schwiegen wir lange. Endlich sagte der Mann: "Mit diesem Schwerte will ich sie töten, alle!"

Mählich erkannte ich im Dunkel der Nacht, dass seine Rechte einen Kochlöffel hielt. Ich wunderte mich. Dann jedoch fiel mir ein: wahrscheinlich ein Schauspieler, dem seine Rolle den Schlaf verscheucht. Auch der Löffel würde stimmen; dieses Völklein hat ja die originellsten Gewohnheiten!

"Ist ihre Rolle schwer?"

"Unsagbar. Keiner ausser mir wäre dazu imstande."

Künstlereitelkeit, lächelte ich verzeihend und unmerklich. Er deklamierte weiter: "Und wenn die Welt aus Eisen wär', sie müsste doch verbrennen!" - Meine Ruh' ist hin, mein Herz ist schwer; ich will eure Schätze, immer mehr. - - Vorbei ist nun der Erde Heil, ich fahre in sie wie ein rasender Pfeil!"

Ich war hingerissen. Seine Augen glühten, der Löffel kreiste.
Plötzlich sprang er auf und hüpfte, ohne Abschied, von dannen.

Ich blieb noch ein Weilchen sitzen, lauschte der Nachtigall und den Fröschen und hatte so meine Gedanken über die Mimen im allgemeinen und über diesen eigenartigen Kauz im besonderen.

Dann ging ich heim und schlummerte sanft.

Am nächsten Tage machte mich eine Notiz in der Zeitung erstarren:

Attila, der Hunnenkönig. Gestern entsprang der hiesigen Irrenanstalt ein gefährlicher Patient, der in der Wahnvorstellung lebt, Attila, der Hunnenkönig zu sein. Als Schwert trägt er ständig einen Kochlöffel bei sich. Glücklicher-

weise konnten beide, ohne ein Unheil angerichtet zu haben, heute morgen wieder in die Anstalt eingeliefert werden.

Harald Spitzer.

Bilderpreise.^x

SPD. Hin und wieder geben Nachrichten durch die Presse, dass irgendein mehr oder weniger berühmtes Bild für eine unsinnig, um nicht zu sagen irrsinnig hohe Summe da- oder dorthin verkauft wurde. So verkaufte vor Jahren der Herzog von Westminster das Bild "Der blaue Knabe" von Gainsborough für 3.200.00 Mark nach Kalifornien. Amerikanische Millionäre und Milliardäre bieten immer wieder die höchsten Summen für schöne Bilder, um ihre Wohnungen mit den erlesensten Kostbarkeiten zu schmücken. Morgan hat einmal zwei Millionen Mark für ein Raffaels-Bild gezahlt, das nicht einmal zu den Meisterwerken des Malers zu rechnen ist. Ein anderer amerikanischer Millionär namens Widener zahlte den gleichen Preis für "Die Mühle" von Rembrandt. Das grosse New-Yorker Metropolitan-Museum erwarb das Tizianbild "Alfonso d'Este" für eine ganze Million Dollar. Für Raffaels kleine Cowpersche Madonna wurden 2.800.00 Mark angelegt; das Bild befindet sich heute ebenfalls im Besitze eines amerikanischen Millionärs. Die grossen Bilder von Rembrandt und Raffaels werden auf zwei bis fünf Millionen Mark geschätzt... wenn sie überhaupt jemals zum Verkaufe gelangen würden! Für die "Mona Lisa" von Lionardo, um deren geheimnisvolles Lächeln schon ganze Bücher geschrieben wurden, die im schönsten Bildermuseum der Welt, im Louvre zu Paris hängt, sind schon einmal fünf Millionen Mark geboten worden.

Was würde Rembrandt dazu sagen, den sie als alten Mann aus seinem Hause getrieben haben, und der arm und verlassen, mutterseelenallein, sterben musste?
gs.

Automatische Telephone für Blinde.^x Die Pariser Telefonverwaltung hat eine interessante Neuerung eingeführt. Bisher war es den blinden Telefonteilnehmern nicht möglich, die Selbstanschlussapparate zu benutzen. Nun hat der Leiter eines Blindeninstituts eine Ziffernscheibe konstruiert, die statt der üblichen Zahlen die gleichen Ziffern in Blindenschrift besitzt. Alle Pariser Telefonanschlüsse, die Blinden gehören, wurden mit dieser Ersatzvorrichtung versehen. Von nun an ist es den Blinden möglich, ebenso wie alle anderen sehenden Teilnehmer die automatischen Telefonapparate zu benutzen. Auch in der französischen Provinz soll die Neuerung demnächst eingeführt werden.

SPD. Dr. Geenich.^x Friedrich August ging mit einem Adjutanten, die Sängerin Lampreck in ihrem Künstlerzimmer aufzusuchen. Die beiden Herren nahmen Platz, und der Adjutant setzte sich auf ein Notenpaket. Aber der König wies ihn sofort zurecht: "Schdehnse ma dadrfon auf; das sinn doch geine Noden fier Blasinschdrumende!"

Deutscher Reichstag

178. Sitzung vom 18. Juni, 10 Uhr.

SPD. Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Moses (Soz):

Prof. Calmette hat am Dienstag im Berliner "Tempo" einen Brief veröffentlicht, in dem er schreibt, dass in Lübeck ein fürchterlicher Irrtum begangen worden sein müsse und dass dort vermutlich seine Kulturen mit Kulturen der Tuberkuloseerreger bei Menschen verwechselt worden seien; er bedauert weiter, dass das fürchterliche Drama politisch ausgebeutet werde.

Es wird verlangt - so fährt Moses fort - dass man das Ergebnis der sachverständigen Untersuchung abwarte. Wir müssen dem widersprechen. Das Volk würde es nicht verstehen, wenn wir das Urteil über diese Katastrophe den Sachverständigen überlassen würden. Die wissenschaftliche Seite wollen wir hier nicht prüfen, wohl aber die ethische, die moralische und die strafrechtliche. (Sehr richtig, links). 40 Opfer sind bereits gefallen, ebenso viele wird der Lübecker Säuglingstod in der nächsten Zeit noch fordern. Darüber kann kein Zweifel sein. Bei jeder Kinderkrankheit, ja bei jeder Erkältung eines der jetzt überlebenden Kinder werden ihre Mütter immer wieder zittern und zagen um das Leben dieser Kinder - eine Tragödie ohne Ende. Ich fürchte auch, dass nach langen Wochen und Monaten das wissenschaftliche Urteil in einem "wir können nicht entscheiden" bestehen wird. Es ist festgestellt, dass eine Prüfung des Calmette-Präparats an Tieren überhaupt nicht vorgenommen wurde, dass das Reichsgesundheitsamt erst 18 Tage nach Ausbruch des Kindersterbens benachrichtigt worden ist, dass das Reichsgesundheitsamt in Übereinstimmung mit dem Reichsgesundheitsrat den Länderregierungen grösste Zurückhaltung gegenüber diesem Mittel empfohlen hat. Dabei wurde ausgesprochen, dass das Calmette-Verfahren noch im Stadium des Versuches ist, dass viele Forscher dieses System für irrtümlich halten. Es ist festgestellt, dass nach Ausbruch des Sterbens Kinder noch weiter mit dem Calmette-Präparat gefüttert worden sind, dass Eltern durch Verschweigen und durch Vorspiegelung falscher Tatsachen zur Erklärung ihres Einverständnisses gebracht worden sind, dass nach Ausbruch des Kindersterbens zum Schein die Fütterung weitergeführt worden ist, bis nichts mehr zu verheimlichen war. Nicht Rettung der Kinder, sondern Rettung der wissenschaftlichen und der eigenen Autorität war der erste Gedanke. (Hört, hört) Es steht fest, dass in Lübeck nach dem ersten Todesfall sämtliche vorhandenen Kulturen vernichtet wurden, anstatt sie nun erst recht für die Untersuchung aufzubewahren. Ich glaube nicht, dass die noch übrig gebliebenen Kulturen dafür genügen. Das wichtigste Beweismaterial ist also unmittelbar nach der Tat vernichtet worden. Trotzdem hat der Oberstaatsanwalt in Lübeck erst vor wenigen Tagen durch die Presse mitteilen lassen, dass für ihn bis jetzt kein Grund zum Einschreiten bestehe, er wolle das Urteil der Sachverständigen abwarten. Ob die Staatsanwaltschaft auch abwarten würde, wenn ein Heilkundiger so verhängnisvolle Erfolg erzielt, ist mehr als zweifelhaft. (Sehr richtig, links). Die Empörung der Lübecker Bevölkerung ist ausserordentlich gross und es ist begreiflich, dass in Lübeck und auch in der Presse gefragt wird, ob diese Stellung der Staatsanwaltschaft etwa beeinflusst sei durch gewisse gesellschaftliche Beziehungen in Lübeck. (Hört, hört, links).

Für Calmette handelt es sich natürlich um eine Prestigefrage. Aber ich erinnere an das abfällige Urteil vieler bekannten Kinderärzte und dass die "Deutsche Medizinische Wochenschrift" im vorigen Jahr sich keineswegs empfehlend über die Methode Calmette geäußert hat. In einer Polemik gegen einen Artikel von mir hat ein Berliner Professor gesagt, jeder Fortschritt müsse doch

einmal an Menschen ausprobiert werden, das werde immer ein unvermeidliches Übel sein. Ganz recht, es kommt nur darauf an, wer das gesundheitliche Risiko dieser Versuche zu tragen hat. Wenn einer ein neues Flugzeug konstruiert, dann muss er sich bei den ersten Fahrten mit hineinsetzen. Wäre er zu feige und verleitete andere, für ihn dieses Risiko zu übernehmen, und gäbe es eine Katastrophe, so würde er bald im Zuchthaus sitzen. Nur der medizinische Fortschritt geht immer auf Kosten von Leben und Gesundheit anderer Menschen. Wir haben in Deutschland über 40 000 Ärzte. Will diese Ärzteschaft ein so umstrittenes Mittel gegen Tuberkulose anwenden, dann mögen sich einmal 2 bis 3 000 Ärzte finden, die ein solches Mittel an ihren eigenen Kindern und Kindeskindern anwenden. Das Volk rebelliert gegen den hohen Olymp, der verächtlich auf die Laien herabsieht. Es will die Rettung vor den Volkskrankheiten nicht durch fragwürdige Methoden, sondern durch soziale Hilfe. Mir geht es nicht um die Autorität des Pasteurinstituts oder um das Beleidigtsein von Professor Calmette und anderen. Es handelt sich um die Volksgesundheit, die vor den Experimentierwütigen in den öffentlichen Heilanstalten geschützt werden muss. (Sehr gut, links.)

In den "Ärztlichen Mitteilungen" der wirtschaftlichen Organisation der Ärzte, im "Deutschen Ärzteblatt", dem Organ der ärztlichen Landesvereine, in der "Berliner Ärztekorrespondenz", im "Tuberkulose-Fürsorgeblatt", dem offiziellen Organ des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose, in allen diesen Zeitschriften ist bis jetzt noch kein Wort über das Lübecker Kindersterben erschienen. Das offizielle Organ zur Bekämpfung des Kurpfuschertums bringt in der letzten Nummer zwar allerhand Kinkerlitzchen, aber von dieser grössten Kurpfuscherei kein Wort. Die Berliner Medizinische Gesellschaft, die bedeutendste ärztlich-wissenschaftliche Gesellschaft in Deutschland, hat sich am 4.d.M. einen Vortrag über das Calmette-Verfahren halten lassen, an dessen Schluss der Vorsitzende anerkennend hervorhob, dass der Vortragende mit grossem Takt die Lübecker Angelegenheit umgangen habe, weil man sich mit wissenschaftlichen Fragen beschäftigt habe, aber nicht mit den unliebsamen Vorgängen in Lübeck. (Hört, hört, links) Solange die Leute vom Bau selbst bei so katastrophalen Erscheinungen wie in Lübeck Solidarität mit den Schuldigen üben, solange vermeintlich Standes- und Ehrenpflicht die Ärzte veranlassen, die betreffenden Kollegen in Schutz zu nehmen und eine Entlastungsoffensive für sie zu ergreifen, solange man bei solchen Unglücksfällen versucht, zu verschweigen, zu vertuschen und zu beschönigen, solange kann von einem ethisch hochstehenden Ärztestand, der vom Vertrauen des ganzen Volkes getragen ist, keine Rede sein. (Sehr wahr, links)

Die Tragödie in Lübeck konnte sich nur ereignen, weil leider noch eine so grosse Zahl von experimentierwütigen Ärzten Kranke in öffentlichen Heilanstalten für seine gefährlichen Versuche missbrauchen kann. Es muss Wahrheit werden, was an den meisten Krankenhäusern angeschrieben ist, dass das Wohl des Kranken das höchste Gesetz für den Arzt sei. (Lebhafter Beifall der Soz.)

Abg. Dr. Runkel (D.Vp.) verlangt in der Verwaltung des Ministeriums grösseren Raum für die Behandlung der Kulturfragen. Die Schulgesetzgebung leide darunter, dass der Reichstag nicht im Jahre 1920 ganze Arbeit gemacht habe. Jetzt ist der Weg zu einer brauchbaren Lösung versperrt, weil die Parteien zu starke Bindungen eingegangen sind. Der Staat darf seine Hoheit in der Schulfrage nicht irgendeiner anderen Instanz preisgeben. Wir müssen endlich in der Schulgesetzgebung vorankommen. Der jetzige Innenminister Dr. Wirth hat bei den früheren Schulgesetzdebatten gezeigt, dass er im Gegensatz zur Zentrumsmehrheit wenigstens Verständnis für liberale Gedanken hat. Er wäre darum der geeignete Mann zur Durchführung eines Schulgesetzes, das einen Ausgleich der kulturpolitischen Gegensätze schafft.

Der Redner kommt dann auf das Rede-Duell Wirth-Frick zurück und erklärt,

diese Art des homerischen Kampfes sei für das Parlament unerträglich. Damit würden keine Bausteine für die Reichseinheit geliefert. Der Frick'sche Erlass sei auch deshalb abzulehnen, weil man in Fragen des Gebets keine Schuldressur treiben sollte. In Erziehungsfragen müsse Toleranz das oberste Gesetz sein.

Abg. Dr. Strathmann (Dntl) fordert einen schärferen Schutz der ungestörten Religionsübung, wie er von der Verfassung gewährleistet sei. Die gegenüber den thüringischen Schulgebeten ausgesprochene religiöse Kritik sei nicht von der Hand zu weisen. Etwas anderes sei es, ob man damit den Staatsgerichtshof beschäftigen solle. Richtiger wäre der Erlass eines freiheitlichen, dem Willen der christlichen Elternschaft Rechnung tragenden Schulgesetzes.

Abg. Dr. Everling (Dntl) tritt für die Aufhebung des Stahlhelmverbots in Westfalen ein. Desgleichen wendet er sich gegen die Verbote des Wehrwolves und des Bismarck-Bundes in verschiedenen Gebieten. Die Uniformverbote seien mit der Verfassung nicht vereinbar. Trachtenvorschriften gehörten dem Mittelalter an. Auch der preussische Terror gegen Beamte wegen ihrer Haltung zum Volksbegehren müsse vom Verfassungsminister verhindert werden. Es müsse dafür gesorgt werden, dass der nächste Verfassungstag nicht wieder zu einer Gesinnungsknechtung führe.

Abg. Frau Arendsee (Komm) bestreitet, dass der Geburtenrückgang auf den sittlichen Verfall zurückzuführen sei. Schuld seien vielmehr die wirtschaftlichen Verhältnisse des Proletariats. Die vierzig toten Kinder von Lübeck seien furchtbare Ankläger gegen die Methoden, mit denen die Leiter staatlicher Heilanstalten das Leben von Proletariatskindern aufs Spiel setzen. Das Reichsgesundheitsamt habe dabei seine Aufsichtspflicht verletzt.

Abg. Sparrer (Dem) tritt dem Abg. Dr. Everling entgegen. Ein Vertreter konservativer Staatsauffassung sollte sich hüten, die Reichsverfassung in solcher Weise zu ironisieren und zu verhöhnen. Grössere Ersparnisse seien notwendig, aber die Wirtschaftspartei gehe mit ihren Streichungsanträgen zu weit. Die Vorgänge in Lübeck seien nur möglich gewesen, weil im Gesundheitswesen der Reichsverwaltung die erforderliche Machtbefugnis fehlt. Das Reichsgesundheitsamt müsse ausgebaut werden. Es müsse die letzte Entscheidung treffen können, wenn es sich um die Frage der Anwendung neuer Heilmittel handelt.

Abg. Frau Lang-Brümann (Bayr.Vp.) bezeichnet die Lübecker Vorgänge als unerhört. Das Vertrauen in die medizinische Wissenschaft sei dadurch erschüttert worden und die schwerste Beunruhigung sei in die Herzen aller Mütter getragen worden. Ganz unverständlich sei vor allem, dass verantwortliche Ärzte in Lübeck die Anwendung eines so gefährlichen Mittels den Hebammen überlassen haben. Für die Röntgen-Assistentinnen müssten bessere Schutzvorkehrungen in ihrem gefährlichen Beruf geschaffen werden. Die Aufhebung der Bordelle sei noch immer nicht überall durchgeführt. Beim Schulunterricht sollte die gemeinsame Erziehung beider Geschlechter möglichst vermieden werden. Der Arbeitsmarkt könnte wesentlich entlastet werden, wenn die Schulpflicht um ein Jahr verlängert würde. Ein Schulgesetz im Sinne des Abg. Runkel würde den Interessen der Länder nicht gerecht werden.

Abg. Alpers (Dtsch.Hann.) fordert baldige Vorlegung eines Wahlreformgesetzes mit dem Ziel, den Abgeordneten wieder zum Vertrauensmann seiner Wähler, statt zum Beauftragten von Organisationen zu machen. Das jetzige System begünstige die Allmacht der Fraktionsführer, deren selbstherrliche Politik den Niedergang des Parlamentarismus verschuldet habe. Die Herrschaft der Parteibürokratie unterdrücke die freie Meinungsäußerung im Parlament. Die Reichsreform sei eine dringende Aufgabe, aber die dürfe nicht zum Zentralismus führen, sondern müsse eine wirklich föderalistische Gliederung schaffen.

Abg. Dr. Löwenstein (Soz):

Es ist zum Brauch geworden, dass die meisten Parteien bei der Besprechung des Innenetats Bekenntnisse über ihre Haltung zu kulturpolitischen Fragen ablegen. Ich will mich für meine Fraktion diesem Brauch nicht entziehen, obgleich in der heutigen Zeit der furchtbaren proletarischen Not das vielleicht beim

Etat des Arbeitsministeriums angebracht wäre. Wir sind auch in allen Kulturfragen gesellschaftsrevolutionär. Der Kapitalismus selbst treibt unbewusst alle Verhältnisse zur permanenten und immanenten Revolutionierung durch den Klassenkampf. Abg. Spahn hat Recht, dass die Klassegegensätze den Staat zu erdrücken drohen, aber das gilt nur vom bürgerlichen Staat, und sein Patentheilmittel, der ständischen Reorganisierung ist nicht geeignet, die Schäden des Kapitalismus zu heilen. Der Kapitalismus schafft selbst durch seine Kollektivierung der Arbeit die Vorsetzung des neuen kollektiven Menschen. Der kollektive Arbeitsvertrag, Sozialhygiene, soziale Kulturpolitik zeigen das Heranwachsen einer neuen Kollektivkultur. Wir gehen, wenn wir die Schaffung dieser neuen Kultur bewusst unterstützen wollen, von der materiellen Grundlage des gesellschaftlichen Lebens als Voraussetzung aus. Dieser unser Materialismus hat wenig mit dem bürgerlichen naturwissenschaftlichen oder ethischen Materialismus zu tun. Wir wollen das materielle Leben, die Grundlage alles Kulturlebens, für die Massen sicherstellen und auf eine höhere Stufe heben. Millionen Menschen leben unter dem Druck der Reaktion, die sie in alte patriarchalische Verhältnisse zurückstossen will. Aber der Kapitalismus selbst macht die Persönlichkeit zur unpersönlichen Ware Arbeitskraft. Wenn wir unsere Politik nicht auf diese Tatsache stützen, so wird sie wirkungslos. Wir müssen diese Massen zu bewussten Trägern einer neuen Gesellschaft machen, sie dazu veranlassen, diese Welt als ihr eigenes Werk zu sehen, das sie mit ihren eigenen Kräften verändern können. Erst dann, wenn dieses Bewusstsein die Massen beherrscht, kann für die ungeheure Mehrheit eine wirkliche Kultur geschaffen werden anstelle des Gegensatzes zwischen kulturlosem Elend der Besitzlosen und überfeinerten Kultur einer dünnen besitzenden Schicht. Es ist das Verdienst der Sozialdemokratie und den Marxismus, der von allen sogenannten Volksfreunden als Volksverderber bekämpft wird, die Erweckung der Massen für dieses Ziel ins Werk gesetzt zu haben. Auch die Nationalsozialisten haben anscheinend ein solches kollektivistisches Ziel wie wir. Aber ihre sozialen Forderungen sind unserem Programm gestohlen und entstellt und die Begründung ihrer Politik ist unklare Mystik und scheinwissenschaftliche Rassenforschung. Wir verlangen Geltungsraum für die Ansprüche der Arbeitermassen, die sich ihren Anteil an der Kultur erkämpft haben und nicht mehr rauben lassen. Darum verlangen wir immer die Brechung des Bildungsprivileg der Besitzenden. Wir lassen es uns nicht länger gefallen, dass 9/10 aller Richter, Staatsanwälte, Ärzte und sonstigen sogenannten Kulturträger der kleinen Schicht von Besitzenden entstammen. Wir sind grundsätzlich für eine reichsgesetzliche Regelung der Schulfragen, aber wir sind der Ansicht, dass im augenblicklichen Zeitpunkt der Streit um die verschiedenen Probleme der Bekenntnisschule usw. so unsachlich und in einem Masse abhängig von reinen Parteinteressen geführt wird, dass ein endgültiges Reichsschulgesetz mit einer befriedigenden Regelung der Rechte der weltlichen Schulen und anderer Arbeiterforderungen in den Schulfragen nicht möglich ist. Wir bedauern, dass die Voreingenommenheit konfessioneller Kreise gegen die weltliche Schule so weit geht, dass die entscheidenden pädagogischen Neuerungen, die in den weltlichen Schulen geschaffen worden sind, von bürgerlicher Seite fast überhaupt nicht beachtet werden. Wir sind grundsätzlich für politische und religiöse Toleranz. Der Zentrumsabgeordnete Schreiber hat am Dienstag einen Ausspruch der sozialdemokratischen Abgeordneten Siemsen vom Kieler Parteitag zitiert, jedoch leider nicht in dem vollen Wortlaut, wie er im authentischen Protokoll steht. Anna Siemsen hat nämlich auf dem Parteitag die Achtung und Toleranz für jede ehrliche und wahrhaft innerliche religiöse Überzeugung gefordert, aber sie hat darauf hingewiesen, dass die grossen religiösen Organisationen zugleich politische Machtorganisationen sind und als unsere politischen Gegner auftreten. Diesen Organisationen gegenüber als politischen Machtfaktoren hat sie eine Präzisierung der sozialdemokratischen Stellungnahme gefordert. Wenn man Toleranz von uns verlangt, so muss man auch Toleranz uns gegenüber üben, was bisher in den wenigsten Fäl-

len geschehen ist. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Joos (Z) erwidert dem Volksparteiler Runkel, dass Minister Wirth nicht als Politiker liberal sei, sondern von süddeutscher Liberalität des Wesens und ausserdem von echt alemannischer Dickköpfigkeit, in der Wirth mit dem Zentrum über die Schule vollkommen einig sei. Dr. Löwenstein erwidert der Redner, dass auch er Volkskultur durch und für das Volk wolle, aber nicht von der Klasse her. An der Ruhr und Wupper leben Proletarier, die mehr volks- als klassenmässig fühlen, auch wenn sie sozialistisch wählen. Die reaktionäre volksfremde Rede Everlings lässt erkennen, warum der konservative Gedanke in Deutschland an Boden verliert. Nicht wir sind gegen ein Konkordat mit der evangelischen Kirche, Herr Strathmann, diese aber hat es lange nicht gefordert. Der vom Minister eingesetzte Ausschuss für Bevölkerungspolitik sollte auch das Problem der Fabrikarbeit von Ehefrauen, diesen unmöglichen Zustand, dass der arbeitslose Mann der arbeitenden Frau das Essen zur Fabrik bringt, einbeziehen. Bei der überschnellen Rationalisierung ist die Rücksicht auf die Familien ganz beiseite gelassen worden. Die langdauernde Erwerbslosigkeit zerstört die Familie. (Zuruf von den Kom.: Sagen Sie das Ihrem Parteigenossen Klöckner!) Der weiss das. Die Eheberatungsstellen erteilen vielleicht auch Ratschläge, die die Familien nicht stärken. (Zuruf von den Kom.: Sie erkennen doch selbst das Elend! Wie wollen Sie es denn ändern?) Wir sind jetzt beim Etat des Innern, dazu gehört nicht diese Frage, sondern die Bitte an den Minister, die schreiend aufgemachten Bahnhofautomaten mit Schutzmitteln gegen Empfängnis und Ansteckung nicht zu dulden, denn diese Mittel zerstören die Familie. (Lebhafter Widerspruch ausserst links.) Gewiss hat die Sozialistische Arbeiterjugend ein ethisches Streben, aber Kulturboschewismus gibt es doch. Achtung jeder ehrlichen Überzeugung, aber keine relative Weltanschauung kann der Religion gleichgestellt werden. Erleichterungen für Familien sollten auch in alle neuen Steuergesetze hinein, denn diese Grundlage des Volks- und Staatslebens gesund zu erhalten, ist unser aller Interesse und Aufgabe. Bei allen Anstellungen sollten Kinderreiche bevorzugt werden. (Beifall im Zentrum - Abg. Sollmann (Soz): Da dürften Brüning und Wirth nicht Minister sein, denn beide sind Junggesellen; das ist auch die Ursache der Schwäche der Regierung. - Heiterkeit.)

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem): Ein nationalsozialistischer Polizeiminister sollte in der Deutschen Republik unmöglich sein. 17 Millionen will die Frick-Regierung von der Girobank leihen, hier aber redet Frick grosse Töne. Everling hat Otto Braun einen Eingriff in die Justiz zu Unrecht nachgesagt, Frick aber hat den unabhängigen Kreisverwaltungsgerichten vorgeschrieben, wie sie Konzessionsgesuche behandeln sollen. Frick versucht besonders, das weibliche Berufsausbildungsschulwesen abzuwürgen; er setzt die Pflichtstunden herab, das Schulgeld hinauf, entlässt Lehrer, verhängt Prüfungssperre, sodass die jungen Leute ihr kostspieliges Studium nicht abschliessen können. Dem Volkshochschulverein hat dieser "Volksbildungsminister" den ganzen Staatszuschuss entzogen, ebenso der Volkshochschule Dreissigacker, (Zuruf von den Soz.: Das haben die bürgerlichen Parteien mitgemacht!) und der Hochschule Tinz trotz stiftungsmässiger Verpflichtung. Eltern und Kinder müssen vor politischem Missbrauch der Schule geschützt werden. Am Dienstag hat Frick behauptet, die Nationalsozialisten wollten nur eine geistige Revolution. Das ist entweder eine Feigheit oder das nationalsozialistische Programm ist ein Betrug an den eigenen Anhängern. Wir verlangen die Reichsangehörigkeit anstelle der Landesbürgerschaft. Das ernste Bemühen um die Ehescheidungsreform als Kulturboschewismus zu bezeichnen, ist höchst unangebracht.

Abg. Frau Dr. Matz (DVP): Schon 1924 hat das Ministerium Leutheusser die Schulgebete in Thüringen eingeführt. Wir haben heute 42 verschiedene Formen höherer Schulen. Vereinheitlichung ist dringend notwendig, ebenso bei der Lehrerbildung. Die Vereinheitlichung ist ohne Verfassungsänderung durch Anwendung des Artikels 10 der Verfassung durchzusetzen. Die Rednerin spricht über den

Olympischen Kongress und erklärt Spitzenleistungen für nötig für die Sportpropaganda, rückt allerdings von "dem Schmeling-Rummel" ab. Wir fordern pflichtmässigen Turn- und Sportunterricht in den Berufsschulen. Das Verlangen, alle Turn- und Sportlehrer zur Unfallversicherung zu verpflichten, ist eine abzulehnende Belastung der Körperpflege. Das Sportforum muss unbedingt bis zur Olympiade 1936, die in Berlin stattfindet, fertiggebaut werden. Eine Novelle zum Filmgesetz muss Abwehrbestimmungen gegen Aufführung antideutscher Hetzfilme im Ausland bringen. Wir stellen uns hinter die Entschliessung gegen den Kulturbolschewismus und lehnen die Ersetzung des Schutzes des Religiösen durch Schutz der Weltanschauung in der anderen Entschliessung ab. Wir verlangen die Schaffung eines Gesetzes über das Dienstverhältnis der Beamtinnen.

Abg. Frau Weber (Z): Man hat Frick mit der ausgedehnten Debatte viel zu viel Ehre angetan. (Sehr wahr! in der Mitte und links) Der sozialistische Kulturwille soll nicht unterdrückt werden, aber wir verlangen ebenfalls Raum für die deutsch-christliche Volksbewegung.

Abg. Stöhr (Natsoz): Der Demokrat Dr. Haas hat einmal geschrieben, dass die Republikaner besorgt sind über die Entwicklung dieser Republik. Meine sympathische Vorrednerin hat erklärt, wir müssten endlich zu einem deutschen Staat kommen. Sozialdemokraten wollen eine sozialistische Republik, die Volkspartei stellt grundstürzende Verfassungsanträge - alle sind gegen diesen Staat, wir sind die eigentliche Staatspartei (Grosse Heiterkeit). Die übergrosse Mehrheit unserer Partei ist republikanisch, wenn auch nicht für diese bemerkenswerte Republik. Herr Sollmann hat mit dem Ausdruck "Strolchewismus" (Abg. Sollmann: Sie waren nicht gemeint!) Millionen so schwer beleidigt, dass ich die Nichterteilung des Ordnungsrufs bedauere. (Heiterkeit) Wir schimpfen nie (Zurufe der Soz.: Rathenau, Stresemann!). Die haben wir nicht als Strolche bezeichnet. Wir sind auch keine Antisemiten (Hört! Hört!), die semitischen Araber, die die Juden aus Palästina hinausschmeissen, sind uns durchaus sympathisch. (Heiterkeit) - Zum Schluss prophezeit der Redner, dem der Kommunist Torgler bescheinigt, dass er eine staatsmännische Rede halte, die Volksparteiler würden nach einem Sieg der Nationalsozialisten sich um die Zusammenarbeit mit ihnen bewerben. Auch "Kathinkus IV., der Letzte derer von Kardorff" werde da mittun, wenn er auch jetzt die Stirn habe, im Gegensatz zu seinen Parteigenossen in Thüringe gegen die Nationalsozialisten zu reden. Der sächsische Wahlsonntag werde den Bankrott des Liberalismus besiegeln. (Zuruf der Kom.: Der Posten des Finanzministers ist noch frei. - Stöhr: Darüber reden wir später. - Der Kommunist Jaddasch ruft: Dazu bist Du ja zu dämlich!) Jaddasch erhält einen Ordnungsruf.

Abg. Dr. Mumm (Chr.nat.A.G.) verlangt wie in Amerika Privatrundfunksender für kirchliche und andere Weltanschauungsgemeinschaften. Solange es diese noch nicht gibt, darf aber keine religionslose Minderheit bevorzugt werden. Das überhandnehmende Nachtleben der Grosstädte muss von der Regierung bekämpft werden. (Heiterkeit links) Wenn Christus zu politischen Kamp fzwecken mit einer Gasmaske dargestellt wird, so ist das eine Verletzung der heiligsten christlichsten Gefühle, dass die sozialdemokratischen Verfechter der Toleranz sich mit mir gegen solche Erzeugnisse wenden müssten.

Abg. Döbrich (Chr.nat.Bauernpt.): Aus der Schule muss alle Politik verschwinden. Was man Frick vorwirft, ist aber von sozialistischen Ministern in gleichem Masse getan worden. Der Redner zitiert zum Beweis das Thüringische Amtsblatt von 1923 mit Gedichten für Schulmaifeiern.

Abg. Sollmann (Soz): Abg. Stöhr hat als erster Nationalsozialist eine sachliche Rede im Reichstag gehalten. Mit "Strolchewismus" habe ich keine Parteien, sondern politische Raufbolde bezeichnet, die Versammlungen sprengen und Andersdenkende niederschlagen. Nach den Ausführungen des Abg. Stöhr nehme ich an, dass er in Zukunft im Kampf gegen den Strolchewismus auf meiner Seite stehen wird. (Heiterer Beifall.)

Freitag 12 Uhr: Abstimmungen und Haushalt des Ministeriums für die besetzten Gebiete. - Schluss gegen 17½ Uhr.

Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie.

 1. Tag III. Klasse - Vormittags-Ziehung vom 18. Juni.

2 Gewinne zu je	50 000 Mark:	111695					
2 Gewinne zu je	3 000 Mark:	142722					
2 Gewinne zu je	1 000 Mark:	30326					
4 Gewinne zu je	800 Mark:	43572	253391				
16 Gewinne zu je	500 Mark:	117435	167365	242519	278849	309691	360684
		387767	388984				
96 Gewinne zu je	400 Mark:	10216	17838	32957	35830	36203	38820
		59855	63251	66620	74513	80584	82670
		94765	109233	118719	129813	136968	140751
		144236	148336	152826	162535	167343	176271
		183428	184918	193224	252787	272364	273463
		276003	282327	286132	291830	297585	307181
		313758	334049	337068	343333	355715	363221
		371864	375043	381314	382917	383719	391999
270 Gewinne zu je	240 Mark:	1973	4144	6687	6692	9978	13832
		20849	21897	24837	25430	33354	40333
		44874	51417	55445	57324	57564	57758
		58065	61360	68689	73079	73951	81432
		83242	90108	101984	104645	104946	107026
		109373	110058	113636	113891	117454	119296
		125979	127406	142675	142830	144152	146814
		149964	152541	166011	168474	168550	168561
		169593	171549	173004	175048	175606	175833
		177815	178290	181744	182845	183272	188050
		189845	194452	194755	196266	196474	201637
		206132	210604	217870	222999	223072	223087
		226882	226942	232099	235312	236152	243600
		244730	257426	264908	266529	267432	275796
		276442	277817	278962	279706	281195	284984
		284997	286437	289089	290878	291902	292663
		298474	304051	305661	308175	310590	313978
		316226	323723	323822	324202	328306	329665
		330968	333894	338476	340603	341702	341757
		342022	342556	343714	346139	346712	353291
		354185	357281	357507	361892	363865	364714
		367426	374352	378062	379930	380486	382479
		383742	394426	397530			

Nachmittags-Ziehung vom 18. Juni.

2 Gewinne zu je	5000 Mark:	91213					
4 Gewinne zu je	2000 Mark:	159988	307843				
2 Gewinne zu je	1000 Mark:	331673					
8 Gewinne zu je	800 Mark:	47231	101664	116926	126305		
38 Gewinne zu je	500 Mark:	931	6201	34397	53933		
		59147	87516	100037	106906	107323	148555
		162253	164640	188266	221303	238323	252870
		310938	330846				
132 Gewinne zu je	400 Mark:	919	4671	6710	21912	23795	27842
		30497	37087	37304	51931	56326	57085
		60816	68007	70094	75274	76593	81334
		85190	92681	102992	103009	115455	124139
		126930	128961	135882	140930	146291	151277

206 Gewinne zu je 240 Mark:

158587	173397	176027	198250	209043	210457
210808	214353	215332	217539	223488	224301
233814	237236	241230	249675	256754	279280
284121	285785	308916	313783	325842	331792
341417	342520	344968	359277	360688	362527
367352	368761	375402	376698	386263	396436
2422	7691	10332	11675	13356	14300
14801	17842	19945	27072	28187	28422
38244	38948	44621	45212	45914	49138
53561	60636	65320	65361	82347	83740
88475	89141	90134	91760	97546	104702
104958	111700	114004	115877	116728	124914
126376	127519	128571	129698	131575	132993
134049	137993	138903	147382	149688	151529
157414	158971	162764	163082	164144	177676
178035	180817	182570	185120	185851	18896
189135	193242	195629	206041	206572	20882
216295	218298	219701	239521	241558	24343
244333	254602	258615	260596	263246	26330
270338	274204	278050	280242	280519	28541
286349	290077	290139	290691	292860	31770
322102	324141	325257	339142	343480	34801
356599	364068	364392	373169	379866	38450
387746.					(S.P.D.)